

Schluss mit der Politik für Banken & Konzerne

Weltweit regiert die Macht von Banken und Konzernen. Für ihren Profit nehmen sie keine Rücksicht auf die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen und die Bedürfnisse der Umwelt. Doch Gegenwehr entsteht: Die Demonstrationen von Seattle, Nizza und Prag hatten eine klare Botschaft: Wir wollen eine andere Welt und ein anderes Europa! Wir wollen nicht, dass abgehobene Politiker und Wirtschaftsbosse über unser Leben und unsere Zukunft entscheiden. Wir mischen uns ein und wollen eine Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne aufbauen.

Von Holger Dröge, Berlin

Am 16. Juni treffen sich die Repräsentanten der EU-Mitgliedsländer in Göteborg zu einem Gipfeltreffen. Wie auf all diesen Treffen werden die Regierungsvertreter auch bei dieser Zusammenkunft darüber beraten, wie sie den Banken und Konzernen in der Europäischen Union die besten Bedingungen zur Erzielung größtmöglicher Profite verschaffen können.

Statt sich mit den Sorgen und Nöten der 20 Millionen Arbeitslosen, der ArbeiterInnen, der Armen, der ImmigrantInnen und Flüchtlinge, der Jugend auseinander zu setzen wird auch dieser EU-Gipfel beraten, wie die sozialen Sicherungssysteme weiter abgebaut werden können, wie der Arbeitsmarkt weiter dereguliert und flexibilisiert werden kann, wie Privatisierungen öffentlichen Eigentums und öffentlicher

Dienstleistungen forciert werden können, wie die Einführung des Euro sichergestellt wird, von dem nur die Herrschenden profitieren, wie die EU eine unabhängige militärische Streitmacht entwickeln kann und wie die EU zu einer „Festung Europa“ ausgebaut werden kann, die für Flüchtlinge nicht zu überwinden sein soll.

Die Europäische Union (EU) ist ein Club der Reichen und Mächtigen. Hier setzen sich die Herrschenden Europas zusammen, um zu entscheiden, wie für die Konzerne die höchsten Profite erzielt werden, wie Flüchtlinge an Europas Grenzen abgewiesen werden, wie Europa militarisiert wird. Die EU ist völlig undemokratisch. Selbst das Europäische Parlament ist ein Scheinparlament ohne Macht. Diese konzentriert sich in den wenigen Händen der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank.

Für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen

ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche können von diesem EU-Gipfel nur Entscheidungen erwarten, die die Lebenssituation der europäischen Bevölkerung verschlechtern.

Deshalb dürfen wir die Vertreter der Banken und Konzerne nicht ungestört in Göteborg tagen und entscheiden lassen. Die Massenproteste gegen die EU-Gipfel 1997 in Amsterdam, 1999 in Köln und 2000 in Lissabon und Nizza haben unterstrichen, dass es ein anderes Europa, ein Europa von unten gibt.

Wir sind nicht gegen Angleichung europäischer



Der Lebensmittelkonzern Danone plant in verschiedenen Teilen Europas Werksschließungen. Mitte April protestierten Beschäftigte im französischen Calais gegen die Stilllegung der dortigen Fabrik.

Höchste Zeit, die Gegenwehr grenzübergreifend zu organisieren. Die Demo gegen den EU-Gipfel in Göteborg ist eine gute Gelegenheit, Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen

Standards. Wir wollen das beste Gesundheitswesen, die kürzesten Arbeitszeiten, die höchsten Löhne oder das beste Bildungssystem. Doch die herrschende Politik will das Gegenteil. Wir stehen ein für ein Europa der ArbeiterInnen und Jugendlichen, wir stehen auf gegen ein Europa der Banken und Konzerne.

Widerstand international!

Wir gehen nach Göteborg, weil wir Nein sagen zur Politik der Lohn- und Sozialkonkurrenz und der Entsolidarisierung im Namen der Wettbewerbsfähigkeit. Weil wir es ablehnen, dass der öffentliche Dienst und die Umwelt in eine Ware verwandelt werden. Weil diese neoliberale Politik dem Rassismus und Rechtsextremismus den Weg ebnet.

Auch in Göteborg werden wir unsere Forderungen lautstark auf die Straße tragen. Die SAV mobilisiert zusammen mit ihren Schwesterparteien aus Schweden, Belgien, England und Niederlande. Wir organisieren Mitfahrmöglichkeiten aus Berlin, Bremen, Bremerhaven, Dresden, Greifswald, Hamburg, Kiel und Rostock.

Die Jugendkampagne „Widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne“, an der sich SAV-Mitglieder aktiv engagieren, will den Aufbau der Bewegung gegen die Macht der Banken und Konzerne unterstützen. SchülerInnen, Studierende und Azubis mobilisieren nach Göteborg und machen vielfältige Aktionen vor Ort.

Beteilige auch du dich an den Protesten!

Weltbank-Gipfel in Barcelona abgesagt

Die Weltbankkonferenz, die vom 25. bis zum 27. Juni in Barcelona stattfinden sollte, wurde abgesagt, weil mit massiven Protesten gerechnet wurde. Das ist ein großer Erfolg.

Demo gegen den EU-Gipfel! Auf nach Göteborg



PDS

Neuer Programmtext

Seite 3

ARBEITSKAMPF

Pilotenstreik bei der Lufthansa

Seite 4

KAPITALISMUS GLOBAL

Die Welt im Würgegriff der Banken und Konzerne

Seite 6-7

ITALIEN

Wahlsieg von Berlusconi

Seite 9

Arbeitslosigkeit

„Kein Recht auf Faulheit“ – oder kein Recht auf Arbeit?



Seit ich vor über 10 Jahren vom Forschungsinstitut, wo ich zu DDR-Zeiten als Tierpflegerin arbeitete, in die Warteschleife kam, war ich in befristeten Arbeitsverträgen und ungelernnt bei Leihfirmen tätig. Trotz Fortbildung zur Wachschützerin bekam ich keinen Job. Für ein Beschäftigungsverhältnis in meinem erlernten Beruf als Tierwirtin mit dem Schwerpunkt Rinderhaltung wäre ich auch bereit, den Ort zu wechseln. Immer wieder bekomme ich Lohnangebote um die 1.000 Mark und es wird auch noch ein eigener PKW verlangt. Da würde ich mehr Geld verdienen als ich verdienen würde.

Nun wird man von einem Herrn Schröder hingestellt, als ob man faul sei. Hier einige Stellenangebote vom SIS (Stellen-Informations-Service) des Arbeitsamts:

1. „Melker/in in Aschau gesucht, Milchviehhofbetrieb, 40 Kühe, zeitweilig auf sich allein gestellt, bitte mit Taxischchein“
2. „Melker/in in 85586 Poing, mit Taxischchein“
3. „Melker/in und Jungviehpfleger/in in Glienicke: 400 Kühe, geteilte Schicht

von früh um 3.00 Uhr bis 9.00 Uhr und dann von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr für Melker/in, und für Jungviehpfleger/in bis 18.30 Uhr; 13,40 Mark pro Stunde“

4. „Umstellung von Geflügel (Geflügeltransporter), bundesweit: 10 – 12 Mark pro Stunde, Führerschein erforderlich“

5. „Pferdewirt/in, Pferdepflege, Reitunterricht (vorwiegend Kinder), entsprechender Abschluss (Prüfung nicht unbedingt erforderlich), Lohn bei Vollzeit: 1.200 Mark netto“

6. „Tierpflegerin in der Rinderhaltung, vorwiegend Nacharbeit, technische

Kenntnisse: 11 Mark pro Stunde, Führerschein“

7. „Melker/in in Mittenwalde von 4.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 16.00 Uhr bis 03.00 Uhr: 13 Mark pro Stunde, Führerschein“

Wenn diese Regierung nicht mehr weiter weiß, geht sie auf die Schwachen dieser Gesellschaft wie AusländerInnen, Frauen, Arbeitslose, Studierende und Rentner los. Deutsche werden gegen Ausländer, und ArbeiterInnen gegen Arbeitslose getetzt, um von den eigentlichen Problemen abzulenken.

Kathrin Wegener, Berlin

Verfassungsschutz Thüringen

„Alle reden von Nazis. Wir bezahlen sie“

Letzten Monat wurde bekannt, dass ein Spitzenfunktionär der faschistischen Szene Tino Brandt seit Jahren auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes von Thüringen stand. Über die Jahre soll er eine sechsstelligen Summe erhalten haben – offiziell als Spitzel. Aber wer bespitzelte hier wen? Die Staatsknete wurde für Aktionen der Neonazis in der Region ausgegeben. Vor allem Aufmärsche wurden davon finanziert. Tino Brandt hat 1997 den Thüringer Heimatschutz (THS) aus der Taufe, ein Zusammenschluss der Kameradschaften des Landes. Dieser Heimatschutz hat in den letzten zwei Jahren Schlüsselpositionen der NPD erobert. Tino Brandt selber stieg zum Vize-Vorsitzenden der Thüringer NPD auf. Hätte er diesen Einfluss ohne dem Geld vom Verfassungsschutz erreichen können?



Demonstranten vor dem Amt für Verfassungsschutz in Erfurt klagen den Vorgang an, dass ein führender Neonazi in Thüringen jahrelang auf der Gehaltsliste des Staats stand

Vergewaltigungsfall in Bremen

In dubio contra victimam*

Am 30.4. ging in Bremen ein Prozess gegen zwei mutmaßliche Vergewaltiger mit einem Freispruch zu Ende. Begleitet wurde die Urteilsverkündung von massiven Protesten nicht nur von Frauen- und Lesbenorganisationen, sondern auch von Menschenrechtsorganisationen und SchülerInnen inner- und außerhalb des Gerichtsgebäudes.

Von Alex Lieberg und Ianka Pigors, Bremen

Die Beweislage war ziemlich klar: Eine DNA-Analyse identifizierte zumindest einen der Angeklagten eindeutig. Das Opfer wies Verletzungen auf, die auf eine Vergewaltigung schließen lassen. Die Kripo hält die Aussage der Frau, sowie die der Belastungszeugen für glaubwürdig. Unter den Belastungszeugen war auch die Freundin des einen Angeklagten, welche aussagte, ihr Freund würde sie schlagen und mit Gewalt zum Geschlechtsakt zwingen. Dagegen widersprachen sich die Aussagen des Hauptbelastungszeugen bei der Kripo und vor Gericht. Kurze Zeit, nachdem der Richter dem Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung stattgegeben hatte, verschwand der eine Angeklagte für zwei Wochen und war für das Gericht unauffindbar. Die Tatsache, dass die vergewaltigte Frau lesbisch ist, machte die Aussagen der Angeklagten, sie habe freiwillig mit mehreren Männern in einem Keller Sex gehabt endgültig unglaubwürdig.

Ominöser Gutachter, reaktionärer Richter

Jedoch wurden die Recherchen der Kripo von Seiten des Gerichts als nicht erheblich betrachtet. Statt dessen wurde einem ominösen Gutachter große Beachtung geschenkt, der über den Blutalkoholspiegel des Opfers zur Tatzeit urteilen sollte. Dabei spielte offenbar keine Rolle, dass seine Befunde bei seinen Aussagen schwankten. Ebenfalls als glaubwürdig wurde eine Einschätzung dieses Gutachters gewertet, die er, ohne das Opfer diesbezüglich untersucht zu haben, nach einer Telefoninterview eines befreundeten Arztes ungefragt zum Besten gab. Danach stellte angeblich eine Nebenraterkrankung des Opfers, ein „prozessuales Problem“ dar, da die Frau „psychophysisch abnorm“ sei und eine „Bewusstseinsstörung“ habe, weshalb sie sich die Vergewaltigung nur eingebildet habe.

Das Gericht kam damit der Verteidigung entgegen, deren erklärtes Ziel die Infragestellung der Glaubwürdigkeit des Opfers war. Der Verteidiger, bereits aus anderen Vergewaltigungsfällen bekannt, ging mit wildem Aktionismus vor und nahm weder auf die Traumatisierung noch auf den physischen Zustand des Opfers Rücksicht. Unter anderem stellte er ein ärztliches Attest in Frage, das dem Opfer eine Vernehmungsdauer von nicht mehr als 3 Stunden zuspricht. Immer wieder wurde auf den Alkoholspiegel der Frau an jenem Abend angespielt, sie wurde der Prostitution und

der Drogenabhängigkeit bezichtigt. Der Richter ließ sich auf das Breme Spiel ein und lud einen Taxifahrer aus Bremerhaven vor, der vor 9 Jahren wegen Vergewaltigung der Frau vor Gericht gestanden hatte. Damals wurde das Verfahren eingestellt, da seine Aussage gegen ihre Aussage stand.

Vom Opfer zum Täter gemacht

Obwohl die Einstellung eines Verfahrens nicht die Unschuld des Täters, sondern nur die Beweisnot des Opfers dokumentiert, wurde die Aussage des Mannes als Beleg dafür gewertet, dass das Opfer notorisch unschuldige Männer beschuldigen würde.

Dem Hauptentlastungszeugen wurde auf Grund „begrenzter intellektueller Fähigkeiten“ die Fähigkeit, vor Gericht eine Falschaussage glaubwürdig vor zu tragen, abgesprochen. Mit dieser Begründung stand der Mann plötzlich als glaubwürdigster Zeuge des Verfahrens dar.

Auf aufgebrachte Zwischenrufe aus dem Zuschauerraum reagierte der Richter sarkastisch mit der Frage: „Wollt ihr die Unabhängigkeit der Gerichte abschaffen?“ In Verhandlungsführung und Urteilsbegründung spiegelt sich die in den patriarchalen und sexistischen Verhältnissen des Kapitalismus vorherrschende Darstellung von der „unmündigen Frau“, die Männer verführt und dann als Vergewaltiger bezichtigt, wider. Zudem vermittelt das Urteil Schuldzuweisungen

unser standpunkt

Die Einwanderungsdebatte – hilft den Unternehmern, nicht den Flüchtlingen

„Liebling, die Deutschen sterben aus“ – das sang schon Rudi Carrell vor vielen Jahren. Nachdem diese Erkenntnis auch die Spitzenregionen der Unternehmervverbände erreicht hat, vergeht kein Tag ohne neue Äußerungen von Spitzenpolitikern und Wirtschaftsvertretern zur so genannten Einwanderungsdebatte. So forderte Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt kürzlich: „Nach fast 30 Jahren Anwerbestopp muss Deutschland von der Abschottung seines Arbeitsmarktes Abschied nehmen.“ Stimmt es also, was die Globalisierungsverfechter uns weis machen wollen: das Kapital ist heutzutage progressiv und internationalistisch, während ArbeitervertreterInnen konservativ, traditionalistisch und protektionistisch handeln? Auf den ersten Blick scheint so einiges auf dem Kopf zu stehen, doch bei genauerer Untersuchung bleibt doch nur eine alte sozialistische Erkenntnis übrig: Regierung und Kapital geht es letztlich doch nur um möglichst gute Bedingungen zur Profitmaximierung für Banken und Konzerne. Sie haben ein Interesse, billig ausländische Fachkräfte einstellen zu können. Das war schon der Hintergrund der Green Card-Regelung, die 20.000 Computerfachkräfte nach Deutschland locken sollte. Dabei hat die SAV während dieser Debatte zu recht darauf hingewiesen, dass der so genannte Fachkräftemangel durch die Weigerung, Aus- und Weiterbildung zu finanzieren, erst zustande kommen konnte. Einen fertig ausgebildeten indischen IT-Spezialisten nach Deutschland zu holen und ihn hier unter Tarif zu bezahlen ist eben billiger, als mehrere Jahre Ausbildung hier lebender Jugendlicher zu finanzieren.

An das Schicksal der Millionen Flüchtlinge und Abermillionen arbeitenden Armen auf der Welt denken

sie dabei nicht. Politiker von CDU/CSU, wie der bayrische Innenminister Beckstein, haben die Kategorien, in denen sie denken, deutlich gemacht: „Ausländer, die uns nützen und solche, die uns ausnutzen.“

Gleichzeitig bleiben diskriminierende Sondergesetze für AusländerInnen bestehen und werden die Daumenschrauben weiter angezogen: so sollen solchen AusländerInnen, die nach einer bestimmten Zeit kein deutsch sprechen, nach Wunsch des SPD-Politikers Stiegler die Aufenthaltserlaubnis entzogen oder eventuell zu zahlende Sozialleistungen gekürzt werden.

Die CDU/CSU hat zwar ihre Forderung nach einer Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl erst einmal fallen gelassen, aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie diese Forderung wieder aus der Motte kiste holen.

Umso schlimmer, dass die PDS begonnen hat, auch ihre migrationspolitischen Grundsätze über Bord zu werfen und nun ein „Einwanderungs- und Niederlassungsrecht“ fordert. SozialistInnen sollten kein Einwanderungsgesetz fordern, denn es bedeutet nicht mehr Rechte und mehr Gleichheit, sondern mehr Spaltung – eben in „nützliche und nutzlose ImmigrantInnen“.

Stattdessen fordert die SAV Bleiberecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen, die Wiederherstellung des Asylrechtes und Kampf gegen die Fluchtursachen statt gegen die Flüchtlinge. Denn solange der Kapitalismus weltweit Hunger, Kriege, Unterdrückung und wirtschaftliche Katastrophen verursacht, wird es auch eine wachsende Zahl von Flüchtlingen geben. Um dieses Problem zu lösen gibt es keinen Weg vorbei an der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.



Neuerscheinung:

Das Frauenprogramm der SAV ist im April neu erschienen und kann bei den SAV-Ortsgruppen oder in der Bundeszentrale bestellt werden

* Im Zweifel gegen das Opfer

Wir fordern:

- Weg mit diskriminierender Gesetzgebung und Rechtsprechung bei Vergewaltigungsfällen
- Wahl- und Abwählbarkeit von RichterInnen und StaatsanwältInnen. Sie müssen der öffentlichen Kontrolle durch JuristInnen, Frauenbeauftragte der Gewerkschaften und Frauenorganisationen unterliegen
- ein flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern, Frauenberatungsstellen und –notrufen
- kostenlose juristische, soziale und psychologische Betreuung für Vergewaltigungsopfer

PDS-Programmmentwurf

Weiterer Schritt auf dem Weg der Anpassung

Am 27. April hat die PDS-Spitze den neuen Entwurf zum Programm der Partei präsentiert. Mehr als doppelt so lang wie das Programm von 1993 und voll mit abstrakten, unverständlichen Worthülsen, ist in diesem Entwurf eine deutliche programmatische Rechtswende verpackt.

Von Daniel Behruzi, Berlin

Ein zentraler Satz des Entwurfs lautet: „Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz.“ Damit akzeptieren die Autoren die Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Privateigentum an den Produktionsmitteln und marktwirtschaftliche Konkurrenz, und erheben diese zu Voraussetzungen für Fortschritt.

Profit und Eigentum

Ganz im Gegensatz dazu erkennt der Marxismus genau in diesen kapitalistischen Mechanismen die Ursache für die auch im Programmmentwurf beschriebene soziale Krise der bestehenden Gesellschaft. Die unglaubliche Verschwendung natürlicher und menschlicher Ressourcen durch Massenarbeitslosigkeit, Umwelterstörung, Energieverschwendung etc. liegt gerade darin begründet, dass private Unternehmer, die in Konkurrenz zueinander stehen, nach betriebswirtschaftlichem Gewinninteresse über den Einsatz der Ressourcen entscheiden. Produziert und spekuliert wird nur um größtmöglichen Profit zu erzielen. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse spielt dabei überhaupt keine Rolle.

Der Programmmentwurf, der das Profitprinzip an sich also akzeptiert, richtet sich nur noch gegen „die heutige gesamtgesellschaftliche Dominanz“ dieses Prinzips. Um diese zu bekämpfen schlägt er vor, „die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum oder scheinbar anonyme Aktienfonds schrittweise einzuschränken.“

Die Vorstellung, die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über ihr Kapital einschränken zu wollen, ist völlig utopisch. Verfügungsgewalt folgt aus Privateigentum. Wer soll denn die Kapitalisten dazu zwingen ihr Kapital für die Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse anstelle der Erzielung von Profit zu verwenden, solange sie die Eigentümer sind? Solche Versuche sind in der Geschichte immer kläglich gescheitert. Parteien mit sehr viel radikaleren Reformprogrammen als die heutige PDS, wie zum Beispiel die „Sozialisten“ Mitterands in Frankreich 1981, sind von den Kapitalisten durch einen Investitionsstreik zum Rückzug gezwungen worden, weil sie nicht bereit waren, letztlich auch das Privateigentum der Unternehmer in Frage zu stellen.

Kleinunternehmer stärken?

Die Überführung der großen Konzerne und Banken in Gemeineigentum und ihre demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung, wie sie von der SAV vorgeschlagen wird, ist für die PDS-Führung keine Alternative zum kapitalistischen Eigentum. Stattdessen soll die „Profitudominanz zurückgedrängt“ werden (ohne dass erklärt wird, wie das geschehen soll) und ein „dritter Wirtschaftssektor“ (neben dem Großkapital und dem öffentlichen Dienst) soll „in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen“ gestärkt werden. Hier werden die „guten“ Kleinunternehmer den „bösen“ Großkon-

zernen entgegen gestellt: „Insofern diese Unternehmen in regionalen Wirtschaftskreisläufen tätig sind, unterscheiden sich ihre Interessen erheblich von denen der global agierenden Konzerne (...) Anders als die Großkonzerne tragen sie wesentlich zum Steueraufkommen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.“ Die kapitalistische Konkurrenz, von den Autoren als „innovativ“ gepriesen, bedeutet nichts anderes als dass die Großen die Kleinen fressen. 500 multinationale Großkonzerne kontrollieren 90 Prozent des Weltmarktes. Diese Multis machen die kleinen Unternehmen zu ihren Anhängseln, sofern sie sich diese nicht gleich einverleiben. Das macht die kleinen Unternehmer im Verhältnis zur Arbeiterklasse aber nicht zu „besseren“ Kapitalisten. Selbst die Autoren des Programmmentwurfs, die bei jeder Gelegenheit die positive Rolle der Kleinunternehmer hervorheben, müssen zugeben, dass „die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen nicht selten schlechter als in Großunternehmen sind.“ Das Prinzip ist genau das gleiche: Der Kapitalist, ob groß oder klein, ist bei Strafe des Untergangs dazu verdammt, möglichst hohe Profite aus „seiner“ ArbeiterInnen rauszuschlagen, um sich in Konkurrenz zu den anderen Kapitalisten durchzusetzen.

Klassengesellschaft

Mit der Klassenfrage wirft der Programmmentwurf eine weitere Grundposition des Marxismus über Bord: Die Spaltung der kapitalistischen Gesellschaft in zwei Hauptklassen, Kapital und Arbeiterklasse, die entgegengesetzte, unversöhnliche Interessen haben. Stattdessen entdecken die Autoren neue Spaltungslinien: Auf der einen Seite die „Beschäftigten im Hochlohnsektor mit Vermögensanlagen in Fonds und Aktien“, auf der anderen die „Arbeitslosen und jene, die in den Niedriglohnsektor absinken.“

Die Industrie-ArbeiterInnen sei-



en nicht mehr die gesellschaftliche Kraft, die den Reichtum schaffen: „Wichtigste produktive Kraft des früheren Kapitalismus war die Industriearbeiterschaft (...) Wichtigste produktive Kraft des neuen Kapitalismus sind die Wissens- und Informationsarbeiterinnen und -arbeiter.“ Aber selbst in den USA wird 80 Prozent des Sozialprodukts in der „stofflichen“ Produktion geschaffen. Natürlich finden ständig Veränderungen in der Arbeitswelt statt: Neue Produkte, neue Branchen, neue Arbeitsmethoden etc. Das hebt aber nicht die grundlegende Tatsache auf, dass in Deutschland 90 Prozent der Erwerbstätigen lohnabhängig sind, ihre Arbeitskraft also an einen Kapitalisten verkaufen müssen. Dies ist die Kraft, die das Potenzial hat, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen herbei zu führen. „Ihre Stärke ergibt sich aus ihrer Stellung in der Produktion, ihrem zahlenmäßig großen Anteil der Bevölkerung und ihrer Fähigkeit zum gemeinsamen und kollektiven Handeln.“ (SAV-Grundsatzprogramm)

Sozialismus

Die PDS bezeichnet sich als sozialistische Partei. Was ist für die Parteiführung nun „Sozialismus“? Der Programmmentwurf bezeichnet Sozialismus als „Ziel“, als eine „Bewegung“ und als ein „Wertesystem“. Schon damit wird das „Ziel“ Sozialismus als gesellschaftliches Modell ad absurdum geführt. Und so heißt es dann auch etwas weiter im Text: „Sozialistische Politik ist keinem abstrakten Modell verpflichtet, sondern stellt eine kapitalismuskritische Bewegung dar (...) Sozialistische Politik ist eine offene Suche nach Auswegen aus Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung.“ Sozialismus bezeichnet demnach nicht die Vorstellung einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus. „Sozialistische Politik“ bedeutet für die Autoren nicht ein Gegenmodell zum Kapitalismus zu propagieren, ja nicht einmal konsequenten Antikapitalismus, sondern nur „Kritik“ am Kapitalismus. An anderer Stelle definiert der Entwurf Sozialismus als „die Freiheit und die Gleichheit einer und eines jeden beim Zugang zu den entscheidenden Lebensbedingungen und Gütern der Gesellschaft“. Nur die Verteilungsfrage wird hier aufgeworfen. Die Existenz von Klassen, Ausbeutung, Entfremdung, Herrschaft spielt alle keine Rolle in diesem „Sozialismus“. Im Gegensatz dazu bedeutet Sozialismus für die SAV „im Sinne von Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki: weltweit Gemeineigentum an Produktionsmitteln, demokratische Planung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung.“ (SAV-Grundsatzprogramm, 1999)

Reformpolitik

Die PDS-Führung will eine „linke Reformpolitik“ betreiben, „die dazu beiträgt, emanzipative und solidarische Interessen zu stärken und die Dominanz der Kapitalverwertungsinteressen abzuschwächen, damit verbundene Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern“ und behauptet, diese Politik weise „über den Kapitalismus hinaus“. Abgesehen davon, dass es überhaupt kein gesellschaftliches Gegenmodell gibt, für das gestritten wird, wird der Kapitalismus auf diesem Wege niemals beseitigt werden. Keine herrschende Klasse hat jemals seine Macht freiwillig, nach und nach abgegeben. Ihre Macht muss durch eine systemüberwindende Mobilisierung der Masse arbeitender Menschen, durch eine Revolution, gebrochen und beseitigt werden. Der Kampf für eine revolutionäre Umgestaltung beinhaltet den Kampf für Reformen, nicht umgekehrt. Als hätte sich gegen die heutige PDS-Führung gewettert schrieb Rosa Luxemburg 1899: „Die Idee (...), das sämtliche Meerwasser der Erde in Limonade zu verwandeln war sehr phantastisch. Allein die Idee (...) das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformistischen Limonade in ein Meer sozialistischer Flüssigkeit zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber nicht um ein Haar weniger phantastisch.“

Da die PDS-Führung nicht bereit ist, über den vom Kapitalismus vorgegebenen Rahmen hinaus zu gehen, besteht ihre „Alternative“ letztlich darin, den Kapitalismus besser und sozialer managen zu wollen. Das erschöpft sich dann in Forderungen nach „weit reichenden(n) Rahmenseetzungen für den Markt, Innovationsprogramm(en), wie ein Programm „Sozial-ökologischer Umbau Ost“ und insgesamt eine dauerhafte Ausrichtung der Politik auf Gerechtigkeit“.



Immer häufiger findet sich Gregor Gysi in Übereinstimmung mit Gerhard Schröder. Jüngstes Beispiel: Die Rentenreform

Schon seit 1990 habe die PDS, aller sozialistischer Rhetorik zum Trotz, „dafür gewirkt, dass Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft (!) der alten Bundesrepublik nicht zerstört werden.“

Planwirtschaft

Planwirtschaft und Staatseigentum werden im vorgelegten Programmmentwurf verantwortlich gemacht für das Scheitern der als „Staatssozialismus“ bezeichneten stalinistischen Gesellschaften Osteuropas: „Das System der Zentralverwaltungswirtschaft machte den Übergang zu einer intensiven Entwicklung der Volkswirtschaften unmöglich.“

Planwirtschaft und Staatseigentum brachten diesen Ländern jedoch eine enorme ökonomische und soziale Weiterentwicklung, trotz der bürokratischen Herrschaft von oben, die letztlich die Wirtschaft jedoch strangulierte. Nicht Planwirtschaft und Staatseigentum, sondern das bürokratische Regime führte zur ökonomischen Krise dieser Gesellschaften. „Das Staatseigentum an Produktionsmitteln ist zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für Sozialismus. Solange eine Mangelwirtschaft besteht, eine bürokratische Elite an der Macht ist und die arbeitende Bevölkerung politisch entrechtet ist, kann von einer Entwicklung hin zum Sozialismus keine Rede sein.“ (SAV-Grundsatzprogramm)

Der Programmmentwurf benennt für die DDR zwar „schmerzliche Fehler“, „zivilisatorische Versäumnisse“ und „unentschuldbar Verbrechen“, enthält aber keine wirkliche Analyse des Scheiterns dieser Gesellschaften.

Regierungsbeteiligung

Gegen Ende benennt der Entwurf implizit worum es seinen Verfassern eigentlich geht: Regierungsbeteiligung. Mit der Tolerierung von Rot-Grün in Sachsen-Anhalt und der Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern habe die PDS ihre „demokratische Verlässlichkeit und Politikfähigkeit auch in Regierungsverantwortung nachgewiesen.“ Jetzt strebt sie laut Bartsch mit der SPD „Regierungsbündnisse in allen ostdeutschen Ländern an“. Dieses, auch im Programmmentwurf propagierte „Reformbündnis“, hat in den betreffenden Ländern und Kommunen keinen Politikwechsel gebracht. Auch in Mecklenburg-Vorpommern betreibt die Regierung Privatisierungen und Sozialabbau. Und wenn sich der Koalitionspartner PDS mal nicht ganz über den Tisch ziehen lässt, dann ignoriert die SPD wie bei der Bundesratsabstimmung zur Rentenreform einfach die Koalitionsvereinbarung.

Gegenentwurf

Von der Parteilinke wurde dieser Programmmentwurf richtigerweise als Richtungsänderung erkannt. Von Winfried Wolf (MdB) und anderen wurde ein alternativer Programmmentwurf vorgelegt. Die SAV begrüßt die Vorlage eines Gegenentwurfs, auch wenn wir auch an diesem eine Reihe von Kritikpunkten einzubringen haben. Bezeichnend ist jedoch der Umgang der Parteiführung mit der innerparteilichen Demokratie in dieser Frage.

Als am 27. April die PDS-Führung ihren Entwurf der Presse vorstellte, hatte kein einziges demokratisch legitimes Gremium der Partei den Entwurf auch nur einmal zu Gesicht bekommen. Selbst die zu diesem Zweck ins Leben gerufene Programmkommission durfte den Entwurf vorher nicht sehen. Sogar der Kreis der Autorinnen und Dieter Klein wurde geheim gehalten. Für den alternativen Programmmentwurf musste die publizistische Gleichbehandlung, in jeder demokratischen Partei eine Normalität, erst vor dem Parteirat erstritten werden. Laut Gysi will sich die PDS-Führung mit dieser Debatte der „dogmatischen Linken“ entledigen. Tatsächlich geht es um die Beseitigung letzter sozialistischer Überreste in der Partei.

Wir begrüßen die Opposition gegen den Rechtsruck in Programm und Politik der PDS. Allerdings ist die Linke in der Partei weitgehend marginalisiert. In weiten Teilen fehlt ihr selber eine konsequente Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus. Sie unterstützen kaum Anstrengungen, die PDS in eine kämpferische, sozialistische Partei zu verwandeln. Letztlich stellt sich für Linke innerhalb und außerhalb der PDS die Aufgabe, eine neue sozialistische Arbeiterpartei in Ost- und Westdeutschland aufzubauen.



Das 1999 erschienene SAV-Grundsatzprogramm ist eine Alternative zum neuen Programmmentwurf der PDS

Ihr da oben ...



Zweierlei Maß

Die Vorstandsmitglieder der im DAX notierten Deutschen Aktiengesellschaften haben ihre Einkommen im Jahr 2000 durchschnittlich um eine Million Mark gesteigert. Im Schnitt verdienen sie 3,4 Millionen. Angeführt wird die Liste vom Porsche-Vorstandsvorsitzenden Wiedeking. Er sackte 17 Millionen ein. Es folgt der Chef der Deutschen Bank mit 16,4 Millionen. Der Top-Manager von Daimler-Chrysler, Schrepp, kassierte 12 Millionen. Am Ende der Liste stehen die Vorstände der Deutschen Post mit „nur“ schlappen 1,3 Millionen. Die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften reagierten auf die Veröffentlichung dieser skandalösen Vorstandsgehälter nicht. Aber gegen die Gehaltsforderungen der Piloten mobilisierten ausgerechnet Gewerkschaftsführer die öffentliche Meinung. Die Forderungen der Piloten seien maßlos und überzogen.

500 Castortransporte

„Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe wird vom 1. Juli 2005 an verboten“ berichtete die Süddeutsche Zeitung vom 14. Mai 2001. Das sei schon im „Atomkonsens“ vereinbart worden und werde demnächst Gesetz. Auch andere Zeitungen, darunter der Kölner Stadtanzeiger und die Frankfurter Rundschau vom selben Tag, erweckten den Eindruck, die Wiederaufarbeitung werde 2005 beendet. In dem so genannten Atomkonsens steht jedoch wörtlich: „Die Entsorgung radioaktiver Abfälle aus dem Betrieb von KKW wird ab dem 1.7.2005 auf die direkte Endlagerung beschränkt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Transporte zur Wiederaufarbeitung zulässig. Angelieferte Mengen dürfen verarbeitet werden.“ Bis 2005 sollen aus Deutschland 500 Castortransporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield rollen. Es wird Jura dauern, bis die „angelieferten Mengen“ verarbeitet sind. Von einem Ende der Wiederaufarbeitung im Jahr 2005 kann also gar keine Rede sein.

Kapitalismus in Zahlen

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird weltweit immer größer. 1960 lag das Einkommen der wohlhabendsten 20 Prozent der Erdbevölkerung 30 mal über dem der ärmsten 20 Prozent. 1990 rund 60 mal, heute fast 75 mal. (Die Zeit Nr. 39/2000)

Parkplatzaufsicht bald Lehrberuf

Die Handelskammer Hamburg hat eine Offensive gestartet: Einhundert neue Ausbildungsberufe sollen geschaffen werden: Von der Parkplatzaufsicht bis zum Barkeeper, vom Pförtner zum Kurierfahrer, vom Teppichverleger zum Detektiv, von der Fachkraft für Sonnenstudios bis zum Gepäck-Serviceraff.



... wir hier unten

Betriebsverfassungsgesetz

Können Betriebsräte wirklich mitbestimmen?

Die Unternehmer, egal ob kleine Mittelständler, Internet-Vuppies oder klassische Großkonzernaktionäre haben als Eigentümer der Betriebe das Interesse, möglichst unangefochten die Macht auszuüben und zu sagen, wo's langgeht. Sie haben ein Interesse daran, möglichst allein über Löhne, Arbeitszeiten und betriebliche Abläufe zu entscheiden. Würde es nur nach dem Willen der Unternehmer gehen, hätte es niemals Gesetze gegeben, die Rechte der Beschäftigten geregelt hätten.

**Von Torsten Sting, Rostock
ehemals Betriebsrat und IGM-
Vertrauensmann in einem Sie-
gener Metallbetrieb**

Für die Kapitalisten zählt in ihrem System der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft nur eines: dass maximale Profit. Alles was diesem Ziel im Wege steht, ist zu bekämpfen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die ArbeiterInnen die entgegen gesetzten Interessen haben. Der Lohn für die erbrachte Arbeit ist für sie die Existenzgrundlage.

Der Kampf der Arbeiterbewegung ist seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert auch immer mit der Einschränkung der Unternehmermacht und für mehr Rechte der ArbeiterInnen verbunden gewesen. Gesetzliche Regelungen haben höchstens nur das nachvollzogen, was sich Lohnabhängige gegen bestehende Verbote erkämpft hatten. Das gilt für das Streikrecht genauso wie für das Betriebsverfassungsgesetz.

Gesetz und Wirklichkeit

Doch von Seiten der Gewerkschaftsführung werden seit jeher die Segnungen von bürgerlichen Gesetzen maßlos übertrieben. Und das, obwohl sich die Unternehmer selbst nicht daran halten. Das gilt besonders für das Betriebsverfassungsgesetz. In unzähligen Betrieben wurden und werden KollegInnen rausgeschmissen, weil sie ihr gesetzliches Recht in Anspruch nehmen einen Betriebsrat zu wählen. Jüngstes Beispiel ist der Hot-Line-Betrieb in Berlin. Vier KollegInnen, die einen Betriebsrat aufbauen wollten, wurden fristlos entlassen. VORAN berichtete darüber in der April-Ausgabe.

Recht gegen Unrecht erkämpfen

Aus meiner persönlichen Betriebsratsführung kann ich den täglichen Klein-

krieg im Betrieb um die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze, des Betriebsverfassungsgesetzes und von Tarifverträgen. Umso abwegiger ist es, dass die Gewerkschaftsführung heute eine ihrer Hauptaufgaben darin sieht, Gesetze und bürgerliche Rechtsauffassungen, die uns einschränken, einzuhalten. Wenn die Tarifrunden gelaufen sind, darf nicht gestreikt werden, egal welche Schweinereien die Chefs durchziehen wollen. Politische Streiks sind Tabu, egal was Regierungen treiben. Wenn Gewerkschaften immer diese Rechtsauffassung gehabt hätten, wäre die Gewerkschaftsbewegung aus ihren Kinderschuhen nicht herausgekommen. Sie hat sich alles gegen bestehendes (Un)Recht erkämpft. Auch beim Betriebsverfassungsgesetz (BetrVg) macht sich die Gewerkschaftsführung zum Sprachrohr bürgerlicher Ideologie. Sie redet davon, dass das BetrVg die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb garantiert.

Von wegen Mitbestimmung

Betriebliche Mitbestimmung bedeutet nach dem BetrVg aber, dass der Arbeitgeber in nur wenigen Fällen nichts ohne das Einverständnis des Betriebsrats unternehmen kann. Aber selbst hier haben die Unternehmer noch immer die Möglichkeit das Einverständnis des Betriebsrats durch den Spruch einer Einigungsstelle oder des Arbeitsgerichts zu ersetzen. Alle anderen Rechte des Betriebsrats sind ausschließlich Informations- und Mitwirkungsrechte. Obwohl noch nicht einmal die bescheidenen Forderungen des DGB berücksichtigt wurden, feiert die Führung die Gesetzesnovelle als einen Schritt zur Verbesserung der innerbetrieblichen Demokratie.

Aber was hilft es zum Beispiel, das Recht zu haben, einmal im Monat die Geschäftsführung zur Auftragslage befragen zu dürfen? Diese hat als einzige die richtigen Zahlen. Dem Betriebsrat kann viel erzählt werden, ob es stimmt steht auf einem anderen Blatt.

Betriebsräte brauchen kämpferische Gewerkschaften

Nur wenn die Chefs wissen, dass sie mit klassenbewussten Betriebsräten zu tun haben, die über einen großen Rückhalt in einer selbstbewussten und gewerkschaftlich gut organisierten Belegschaft verfügen, machen sie Zugeständnisse. Aber selbst konsequente Betriebsräte mit einer kämpferischen Belegschaft im Rücken sind den Launen der Chefs, dem Kon-



kurrenzkampf und der kapitalistischen Konjunktur ausgesetzt. Das beste Betriebsverfassungsgesetz kann Unternehmerrmacht, Chaos und Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben.

Ständige Erpressungsversuche

Die 2 Jahre, in denen ich Betriebsrat war, habe ich mehrmals Situationen erlebt, wo die Auftragslage so schlecht war, dass wir „kurzarbeiten“ mussten. Wenige Zeit später hatten wir wieder volle Auftragsbücher und wir mussten Überstunden machen. Wir konnten oft nur darüber spekulieren, ob die Auftragslage künstlich verschlechtert wurde, um uns weichzukneten. Der ganze psychische Stress mit dem Chef hat dazu geführt, dass nicht nur bei uns Betriebsräten die Nerven blank lagen.

Mit der Drohung, dass ansonsten die Schließung des Werkes anstehe, wurden wir immer wieder erpresst. Weil die IGM-Ortsverwaltung Siegen nicht offensiv dagegenhielt, ließen sich die meisten KollegInnen und Betriebsräte einschüchtern. So kam eine Betriebsvereinbarung mit weitreichender Flexibilisierung der Arbeitszeit und damit verbundenen Lohn-einbußen zustande. Die Situation wurde auch dafür ausgenutzt, um Nachtschichten durchzusetzen, weil ansonsten angeblich Aufträge verloren gingen. Als die Übernahme eines Jugendvertreters nach der Ausbildung anstand, erpresste der Geschäftsführer uns ein weiteres mal. Obwohl dem Kollegen nach dem Tarifvertrag die Lohngruppe 7 für Facharbeiter

zustand, wurde ihm ein Arbeitsvertrag vorgelegt, der nur die Lohngruppe 6 und ein befristetes Arbeitsverhältnis vorsah. Der Betriebsrat lehnte dies mit dem Hinweis auf geltendes Recht ab. Daraufhin drohte der „Unternehmer“ damit, Kollegen deren Verträge befristet waren, nicht zu verlängern, also zu entlassen! Der Druck auf den Jugendvertreter wurde trotz Unterstützung von uns Betriebsräten so groß, dass er einlenkte.

Am Ende steht der Sozialplan

Trotz allem war der Betrieb nicht zu retten und wurde dichtgemacht. Teile der Belegschaft und der Maschinen wurden in einem Deal von einem Konkurrenzunternehmen übernommen. Zwar gelang es uns, einen relativ guten Sozialplan auszuhandeln, 90 Arbeitsplätze sind jedoch futsch. Der Sieger IGM-Apparat hat bei all dem ein übles Rolle gespielt. Er half maßgeblich mit der Flexibilisierung durchzudrücken, gegen den Willen von Belegschaft und der Mehrheit unter uns Betriebsräten. Die Gewerkschaftssekretäre spielten die entscheidende Rolle bei der Verhinderung des Kampfes um den Fortbestand des Betriebes. Wie in vielen Fällen zuvor hieß es auch hier wieder „sozialvertraglich“ Arbeitsplätze vernichten. Eine „Beschäftigungsgesellschaft“ wurde von der IGM angeleiert. Damit wurde uns Sand in die Augen gestreut. Die anfänglich tollen Versprechen entpuppten sich als totale Verarschung. Viele KollegInnen sind seither enttäuscht aus der Gewerkschaft ausgetreten.

Die Mitbestimmungsfrage

Rosa Luxemburg

„Was zeichnet die bürgerliche Gesellschaft von den früheren Klassengesellschaften – der antiken und der mittelalterlichen – aus? Eben der Umstand, dass die Klassenherrschaft jetzt nicht auf „woherworbene Rechten“, sondern auf tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen beruht, dass das Lohnsystem nicht ein Rechtsverhältnis, sondern ein rein ökonomisches ist. Man wird in unserem ganzen Rechtssystem keine gesetzliche Formel der gegenwärtigen Klassenherrschaft finden. Wie also die Lohnklaverei „auf gesetzlichem Wege“ stufenweise aufheben, wenn sie in den Gesetzen gar nicht ausgedrückt ist?“

Viktor Agartz

sozialistisches Vorstandsmitglied im DGB-Vorstand nach dem Zweiten Weltkrieg und 1955 von den Rechten aus der Gewerkschaftsführung entfernt

„Die Handhabe der Mitbestimmung hat im Bewusstsein der Gewerkschaftsführung den qualitativen Unterschied der klassengebundenen Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern verwischt, teilweise sogar aufgehoben. Man ist sich auf Unternehmensebene dieses Erfolges der Mitbestimmung durchaus bewusst, weil sie die Ideologie des sozialen Friedens und der sozialen Partnerschaft als gesellschaftliche Ordnungsvorstellung begründet.“

Eugen Loderer
früherer IG-Metall-
Vorsitzender

„Es gab lange und heftige Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaften den Weg der Sozialisierung oder der Überführung in Gemeineigentum fordern sollen. Wir haben uns für den Weg der Mitbestimmung und damit der Mitverantwortung entschieden.“

Interview

Pilotenstreik bei der Lufthansa

Interview mit Dieter Janßen, Mitglied im SprecherInnenrat des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ötv

VORAN: Die ver.di-Führung bezeichnet den Pilotenstreik als Sozialdarwinismus einer kleinen Minderheit. Was ist eure Position?

Dieter Janßen: Die Piloten streiken, um sich einen Teil des Einkommens zurückzuholen, den sie Anfang der 90er Jahre verloren haben, als Lufthansa in der Krise war und sie auf einen Teil ihres Einkommens verzichtet haben, um Lufthansa zu retten. Lufthansa macht jetzt wieder satte Gewinne und die Piloten sehen nicht ein, warum sie weiterhin schlechter verdienen sollen, als im Vergleich die Piloten anderer Fluggesellschaften. Zur Minderheit werden die Piloten dadurch gemacht, dass die ver.di-Führung keinen konsequenten Kampf führt, um die Arbeitsbedingungen und die Einkommen ihrer Mitglieder – weder bei der Lufthansa noch sonstwo – zu verteidigen und zu verbessern. Einen Tag vor dem ersten Warnstreik der Piloten hat die ver.di-Führung die Tarifrunde bei der Lufthansa mit einem Abschluss von 3,5 Prozent beendet und so die Piloten sich selbst überlassen.

Die Lufthansa-Betriebsrätin Tippermann hat im Fernsehen gesagt, dass das Bodenpersonal mit den 3,5 Prozent voll zufrieden sei und dass jedes Prozent mehr Arbeitsplätze kosten würde. Sie warf Cockpit gleichzeitig vor, den Betriebsfrieden zu stören. Glaubst du, sie vertritt mit dieser Position tatsächlich die übrige Lufthansa-Belegschaft?

Dieter Janßen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass die anderen Lufthansa-Beschäftigten über einen Abschluss von 3,5 Prozent jubeln. Nicht angesichts einer Inflationsrate von über 3 Prozent. Da bleibt real so gut wie nichts übrig. Sowiess liegen die Lufthansa-Beschäftigten bei ihrer Einkommensentwicklung immer noch unter der Inflationsrate und über 10 Prozent hinter der allgemeinen durchschnittlichen Einkommensentwicklung. Die Piloten liegen wegen der in der Vergangenheit vorgenommenen Kürzungen sogar über 35 Prozent zurück. Es gäbe auch für die ver.di-

Führung gute Gründe mit Forderungen nach kräftigen Lohnerhöhungen aufzutreten und diese dann auch – wenn es nicht anders geht – mit Streik durchzusetzen.

Dass inzwischen auch Gewerkschafter die Idee vertreten, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze erhalten oder schaffen würde, beziehungsweise andersrum dass Lohnerhöhungen Arbeitsplätze kosten würde, zeigt, dass sie der Ideologie der Arbeitgeber nichts mehr entgegen zu setzen haben. Aber die ganze Erfahrung der Gewerkschaften ist, dass weder Löhne noch Arbeitsplätze durch Verzicht verteidigt wer-



den können. Das geht nicht ohne Kampf.

Wenn es einen Nachschlag für das Boden- und Kabinpersonal bei der Lufthansa gäbe, wäre es dann nicht auch gerechtfertigt, für alle einen Nachschlag zu fordern?

Dieter Janßen: Angesichts der niedrigen letztjährigen Tarifabschlüsse halte ich das für vollkommen gerechtfertigt. Es ist ja ein Armutszeugnis für die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführungen, dass zwischen der Anteil der Einkommen der abhängig Beschäftigten am gesamten Volkseinkommen – die so genannte Lohnquote – auf einem historischen Tiefstand ist. So ist es auch zu verstehen, dass sich die IGM-Führung einmischte, die Piloten kritisiert und vor Nachschlagsforderungen warnen. Die haben einfach Angst vor einem Flächenbrand. Wenn Peters vom IGM-Hauptvorstand meint, es sei möglich, jede Branche mit wenigen Aktionen lahm zu legen, muss man sich schon fragen, warum die das dann nicht tun. Offensichtlich vertritt die IGM-Führung genauso wenig die Interessen ihrer Mitglieder wie das die ver.di-Führung tut.

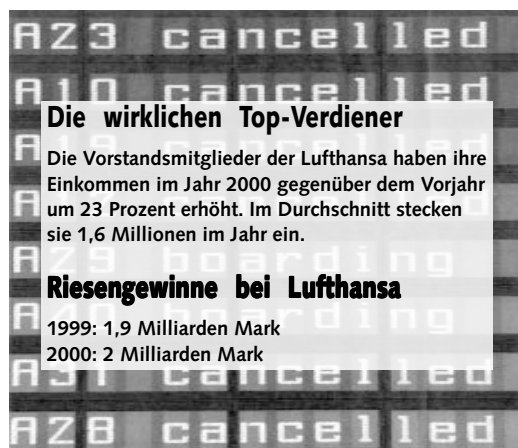
Wird sich das Netzwerk für einen Nachschlag für alle stark machen?

Dieter Janßen: Ich denke schon. Näheres wird das Netzwerk auf seinem nächsten bundesweiten Treffen in Köln am 9. Juni diskutieren. Ich bin auf jeden Fall dafür. Nach dem miesen ötv-Abschluss letztes

Jahr hat ja bereits die ötv-Bundesarbeitsratkonferenz gleich anschließend im Juli die Forderung nach Nachschlag aufgestellt. Angesichts der langen Laufzeit des Tarifvertrags und der steigenden Inflation, im Mai schon 3,5 Prozent, ist ein Nachschlag auch dringend nötig, um ein weiteres Absinken von Reallohnen aufzuhalten.

ötv verschweigt Umfrage-Ergebnis zum Pilotenstreik

Die ötv organisierte auf ihrer Homepage eine Abstimmung über den Pilotenstreik. Dabei wollte sie das Ergebnis manipulieren. Im Einleitungstext wurde davor gewarnt, dass „auch nur die annähernde“ Durchsetzung der Forderung von Cockpit die soziale Schiefelage bedrohe. Trotzdem meinten rund 250 der Abstimmenden, der Streik sei berechtigt und nur rund 180 hielten ihn für unberechtigt. Weil dieses Ergebnis dem ötv-Apparat nicht in den Kram passte, wurde das Endergebnis nicht veröffentlicht. Auf Nachfrage gab es dafür folgende Erklärung: „Leider haben wir Anlass zur Annahme, dass unsere Umfrage (...) von interessierter Seite manipuliert und zu Propaganda-Zwecken missbraucht worden ist.“





Mach mit bei

Widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne! Ist eine unabhängige Jugendkampagne. Schon in mehr als einem Dutzend Städten in den verschiedenen Teilen Deutschlands wurde die Kampagne in den letzten Wochen gestartet, eine ganze Reihe von Gruppen wurden bereits ins Leben gerufen. Widerstand international! (WI) mobilisiert aktiv nach Göteborg, Genua und Bonn, um bei den Protesten gegen den EU-Gipfel, das G7/G8-Treffen und der Weltklimakonferenz den Herrschenden kräftig einzuheizen. WI organisiert Fahrmöglichkeiten. WI führt aber auch Aktionen vor Ort durch, damit die Folgen des globalen

Kapitalismus angeprangert werden und die Verantwortlichen beim Namen genannt werden. WI will aber noch mehr. WI will Diskussionen darüber beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut werden kann, welche Forderungen vorgebracht werden sollten, welches Programm nötig ist. Darüber hinaus geht es WI auch darum, über Alternativen ins Gespräch zu kommen. Die Marktwirtschaft ist Murkswirtschaft. Aber was soll an ihre Stelle treten?

Es gibt 1000 gute Gründe, jetzt aktiv zu werden: Mail: widerstand_international@web.de
Voicebox/Fax : (0180) 50 52 58 81 13 56

widerstand international!

Auf nach Göteborg, Genua & Bonn

Bremen: Unterstützung einer Schulbesetzung

Am 1. Mai lernten wir beim Verteilen von WI-Flugblättern mehrere Leute kennen, die nach Göteborg mitfahren wollen. Im Anschluss an die Demo führten wir bei der alternativen Maifeier eine Aktion zur Verlogenheit der Einwanderungsdebatte und der gängigen Abschiebepolitik durch. Wir bauten eine Pappkartengrenze auf und führten „Grenzkontrollen“ durch, bei denen Leute nach verschiedenen äußeren Kriterien „abgewiesen“ wurden, es sei denn es handelte sich um „nützliche Einwanderer“, zum Beispiel Computerfachleute. Das brachte uns mit vielen Leuten in Diskussionen.

Über Pfingsten läuft ein Aktionswochenende gegen Sparmaßnahmen und Privatisierungsschritte im Jugend- und Bildungsbereich in Bremen. Verschiedene Aktionen und eine Schulbesetzung sind geplant. Auf die Beine gestellt wird das Pfingst-Aktionswochenende vom Jugendbündnis „Widerstand jetzt“. Dieses Bündnis hat vor Weihnachten einen Schülerstreik von 4.000 TeilnehmerInnen durchgeführt, der sich gegen Kürzungen im Bildungsbereich und bei den Jugendfreizeiteinrichtungen gewandt hat. In der Woche vor Pfingsten besuchten AktivistInnen des Bündnisses verschiedene Schulen und machten durch symbolische Versteigerungsaaktionen auf die Ausverkaufspolitik, die der Bremer Senat im Bildungsbereich betreibt, aufmerksam. SAV und WI unterstützen das Jugendbündnis und die Schulbesetzung tatkräftig.

Ianka Pigors

Aachen: Konzert gegen EU-Gipfel

Die internationalen Proteste stoßen auch im tiefen Westen auf starken Widerhall. Bei der Gründung der Aachener Gruppe von Widerstand international! am 31. Mai im Ché-Haus werden 50 Jugendliche erwartet. Neben der inhaltlichen Diskussion über die Alternative zum Europa der Banken und Konzerne wird die Mobilisierung gegen den EU-Gipfel in Göteborg und gegen die G7/G8-Gipfel in Genua im Mittelpunkt stehen. Viele werden leider – allein wegen der Entfernung – nicht nach Göteborg fahren können. Am Vorabend der Demo, am Freitag, dem 15. Juni um 20 Uhr ist ein Konzert zu Göteborg im AZ geplant, wo über 300 BesucherInnen erwartet werden. Am 16. Juni wird in der Innenstadt im Rahmen eines Aktionstages gegen das Europa der Banken und Konzerne protestiert und am Abend, wieder im Ché-Haus, in einer Runde von 80 Jugendlichen der Tag mit einer Info-Veranstaltung abgerundet.

Gaetan Kayitare

Köln: Lebhaftige Diskussion über antikapitalistischen Kampf

In letzter Zeit sind uns viele Jugendliche über den Weg gelaufen, die wütend über das System sind. Wen wundert's, der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Probleme, die er selbst verursacht zu lösen, er verschärft sie sogar noch. Die Lügen der Politiker und der Medien ziehen nicht länger. Die Lügen, die sie uns in die Köpfe tätowieren wollen, kollidieren mit der realen Welt in der wir leben. Bei unserer WI-Gründung in Köln, wo wir 20 Leute waren, hatten wir eine lebhaftige Diskussion über Methoden im Kampf gegen das Kapital. Alle die da waren, sind davon überzeugt, dass sie noch mehr Leute für WI interessieren können. Bei der Mobilisierung waren wir vor Konzerten und Events, zu denen Jugendliche hingehen, wo wir auch viel positives Feedback gekriegt haben. Viele haben satt, dass eine Minderheit von niemandem gewählter Bonzen, zusammen mit ihren Handlangern über das Schicksal von Milliarden von Menschen entscheiden.

Nima Sorouri



Die Mobilisierung gegen den EU-Gipfel im schwedischen Göteborg läuft auf Hochtouren. Mehr als 20.000 werden erwartet. Die schwedische antikapitalistische Jugendorganisation Elevkampanjen will dort gemeinsam mit anderen für eine europaweite Jugendkonferenz werben

Stuttgart: „Einstieg ins politische Leben...“

Am 17. Mai war in der Uni die Gründung von WI in Stuttgart: 49 Leute – mehr als die Hälfte bisher politisch nicht aktiv – kamen. Die meisten kamen aufgrund der 350 Plakate gegen den G7/G8-Gipfel in Genua, andere hatten davor schon mitgeholfen, über 3.000 Flugblätter zu verteilen. Auch in der Woche danach trafen wir uns, und trotz Pfingstferien kamen wieder über 40 Leute (zum Teil wieder neue) zum Grillen und zur weiteren Planung unserer Aktivitäten: am 14. Juni soll eine WI-Veranstaltung „No logo“ (wie Nike & Co. weltweit produzieren) und am 16. Juni eine Kundgebung gegen den EU-Gipfel in Göteborg stattfinden. Bei der Gründungsveranstaltung referierte Franca Gröner über den Hintergrund des G7/G8-Gipfels in Genua. Tinette Schnatterer ging auf die internationalen Proteste seit Seattle ein und David Matrai entwickelte Perspektiven für die antikapitalistische Bewegung. Bei einer allgemeinen Vorstellungsrunde wurde deutlich, dass sich die meisten schon vorher Gedanken zu Gentechnik, „3. Welt“ oder Antifa gemacht haben. Deshalb gab es auch unterschiedliche Vorschläge, was WI – neben der Genua-Mobilisierung – für Themen aufgreifen sollte. Ein Vorschlag war, eine Aktion gegen den Abriss des Graffiti- und Skater-Treffpunkts in Stuttgart zu machen. Angesprochen wurde dabei auch, dass die SAV in Kassel dazu eine hervorragende Kampagne gemacht hat. Eine Teilnehmerin meinte, sie sei gekommen, da sie dazu beitragen wolle, dass die Welt ein bisschen besser werde, ein anderer meinte, er hätte es jetzt endlich geschafft sich aufzuarbeiten und einen Einstieg ins politische Leben zu finden. Ein anderer wieder meinte, wenn er jetzt nix machen würde, wäre er bestimmt in ein paar Jahren Terrorist – und das wäre ja wohl keine Lösung. Bei den Gesprächen mit den Leuten gab es eine große Offenheit gegenüber der SAV und unseren Ideen.

Tinette Schnatterer und Stephan Kimmerle

Rostock: Aktion gegen „Festung Europa“

Die Kampagne Widerstand international! lief in Rostock sehr gut an. Als zum Beispiel am 1. Mai Gerhard Schröder nach Rostock kam, und wieder die Gewerkschafts- noch die PDS-Führung bereit waren eine Demonstration zu machen, haben wir gemeinsam mit SAV und anderen eine eigene auf die Beine gestellt. Unter dem Motto „Widerstand international – Zeigt Schröder die Rote Karte“ marschierten wir mit 300 Leuten zum Kundgebungsplatz, auf dem Schröder sprach. Bei dieser Aktion lernten wir eine Reihe von neuen Leuten kennen, die noch an Ort und Stelle mitmachten. Wir sammelten Unterschriften und verteilten Flyer für die Demo in Göteborg. Insgesamt haben wir über 300 Mark zur Unterstützung unserer Arbeit gesammelt und über 100 Exemplare der Zeitung „No Pasaran!“, die von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) herausgegeben wird, verkauft.

Nach einem so guten Start in die neue Kampagne haben wir nicht lange gewartet. Und weiter ging's bei WI und JRE mit den Vorbereitungen für ein Straßentheater gegen die „Festung Europa“. Hiermit wollten wir die un menschliche Asylpolitik der EU und den staatlichen Rassismus aufzeigen. Das Basteln der Karton-„Festung“ wurde von den meisten begeistert durchgeführt. Die Sitzung zum Thema „Rassismus in der EU“ war top, denn von den 32 TeilnehmerInnen waren ungefähr 10 zum ersten mal da. Unser Raum war super voll.

Tobias Schwirk

Europaweite Jugendkonferenz geplant

Mehrere antikapitalistische Jugendorganisationen haben zu einer europaweiten Jugendkonferenz eingeladen, die am Rande der Gegenproteste zum EU-Gipfel in Brüssel im Dezember diesen Jahres stattfinden soll. Zu den Aufrufern gehört die schwedische Elevkampanjen, die maßgeblich an den Vorbereitungen der Proteste gegen den Göteborger EU-Gipfel beteiligt ist.

In den Niederlanden hat die dortige „International Resistance“ eine Lobby von 35 Leuten Anfang Mai in Breda organisiert, als der langjährige Ministerpräsident Wim Kok ein EU-Treffen besuchte. In Belgien wurden in einer ganzen Reihe von Städten „International Resistance“-Gruppen gegründet. In Lüttich kamen 50 Jugendliche zur Gründungsveranstaltung, in Gent und Brüssel gibt es einen großen Kreis von SchülerInnen, Studierenden und Arbeiterjugendlichen, die sich bei den neuen Gruppen engagieren. Auch in Griechenland, Österreich, Irland, England und Wales gibt es antikapitalistische Gruppen und Organisationen, die sich an der Jugendkonferenz in Brüssel beteiligen wollen.

Freihandelszone von Amerika

50.000 protestierten in Quebec gegen die FTAA

Der jüngste Gipfel von Nord- und Südamerika, der vom 20. bis zum 22. April im kanadischen Quebec stattfand, erreichte wenig für die verarmten Massen auf dem amerikanischen Kontinent.

Nur die Präsidenten Cardoso aus Brasilien und Chavez aus Venezuela brachten Kritik an der Freihandelszone von Amerika (FTAA) vor. Sie mussten sich auf Grund des Drucks im eigenen Land als Gegner der FTAA darstellen. Sie waren gezwungen, davon zu reden, dass die FTAA unausweichlich eine Ausbeutzungszone für Arbeitskräfte und Umwelt im Interesse des Imperialismus sein wird, der in den USA und in kleinerem Umfang in Kanada konzentriert ist.

Die führenden kapitalistischen Mächte spüren die wachsende Wut und die Unzufriedenheit. Darum klopfen sie heuchlerische Sprüche bezüglich „Demokratie“ und irgendwelchen Umweltregelungen. Wie Ernst es Bush damit ist, wurde deutlich, als er aus dem schon äußerst bescheidenem Umweltschutzabkommen von Kyoto ausstieg.

Angenehm „nichtdemokratische“ Länder sollen von der Freihandelszone ausgeschlossen werden. Aber dieses Ansinnen zielt eher auf Politiker ab wie Chavez und Castro (dem die Teilnahme verboten wurde), als auf Haitis Aristide und andere Regierungschefs, die sich gegenüber dem US-Imperialismus „auf Linie“ befinden.

Bei den Gegenprotesten nahmen ungefähr

50.000 teil. Allerdings gab es in Quebec sehr verschiedene Kräfte und auch viele variierende Taktiken. Was die OrganisatorInnen „Vielfalt der Taktiken“ nannten, bedeutete viele getrennte „Zonen“, angeblich damit alle ihren Spielraum und ihre Freiheiten haben.

Doch die Polizei verwandelte die Stadt in ein Schlachtfeld. Sie hätte dennoch gestoppt werden können, wenn die OrganisatorInnen und die Gewerkschaftsführer eine schlüssigere Politik vorgebracht hätten. Die HauptorganisatorInnen lehnten es von vornherein ab, die Weigerung der Gewerkschaftsführer in Frage zu stellen, zum Tagungsort des Gipfels zu marschieren. Die Gewerkschaftsspitze begnügte sich damit, mit ihren Demozügen zu den Vororten von Quebec zu marschieren. Damit ließen sie die Jugendlichen, die nicht nur symbolisch Widerstand zeigen wollten, mit der Polizei allein.

Leider kamen ein paar Grüppchen mit dieser Politik durch. Sie suchten gar nicht erst die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern, sowohl was ihre Politik bezüglich einer möglichen Reform der FTAA betrifft (was völlig illusorisch ist), als auch in Bezug darauf, dass gar nicht erst versucht wurde, eine gemeinsame Demonstration durchzuführen. Das Ergebnis waren Hunderte von Verhaftungen. Das Ergebnis war auch, dass eine mögliche gemeinsame Aktion nicht zustande kam. Socialist Alternative, die kanadische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI,

die internationale sozialistische Organisation, der die SAV angeschlossen ist) argumentierte, dass es eine gemeinsame Aktion aller vorhandenen Kräfte geben sollte, mit einem Marsch zum Gipfel und aktiver Mobilisierung unter Jugendlichen, die besonders von der Polizeischikane bedroht sind. Wir lehnten jedoch die Politik der HauptorganisatorInnen der Demonstration entschieden ab, die keinen guten Ordnerdienst hatten, und somit nicht viel dafür taten, um die Demonstration gegen Polizeiangriffe zu schützen.

Mehr als zwei Dutzend CWI-Mitglieder aus Nordamerika und Europa waren nach Quebec gekommen, um sich an den Protesten zu beteiligen und für sozialistische Ideen zu werben. Besonders beeindruckend war die im Vergleich zu den bisherigen internationalen antikapitalistischen Protesten größere Zahl von DemonstrantInnen, die die Notwendigkeit einer grundlegenden, sozialistischen Umgestaltung erkannten. Über 270 Namen und Adressen von Leuten wurden gesammelt, die mehr über das CWI wissen wollten, und 90 Exemplare der Antiglobalisierungsbroschüre des CWI (in französischer und englischer Sprache) wurden verkauft, auch 260 Exemplare der Justice, der Zeitung der SAV-Schwesterpartei in den USA. Wenige Tage nach der Demonstration entschied sich ein erster Demoteilnehmer Mitglied vom CWI und von Socialist Alternative zu werden.

Jason Baines, Kanada



Ein kanadischer Robocop? In Quebec waren mehr als 6.000 Polizisten im Einsatz

Die Welt im Würgegriff der Banken und Konzerne



Schon kleine Kinder fragen: Warum leben so viele Menschen auf der Welt in Armut? Warum gibt es Kriege? Warum wird die Natur zerstört?

Denn schon kleine Kinder sehen in den Nachrichten, was sich in Zahlen so anhört: Weltweit sterben 12 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Über ein Drittel von ihnen stirbt an Krankheiten wie Lungentzündung oder Durchfall, die problemlos behandelt werden könnten. Seit 1945 verging kein Tag, an dem es nicht in irgendeinem Land der Erde Krieg gegeben hätte.

Und schon kleine Kinder wünschen: Dieser Albtraum muss endlich aufhören.

Wenn man die Welt als ein Dorf mit 100 Einwohnern betrachten würde, dann käme die ganze Armut und die riesige Kluft zwischen Arm und Reich so zum Vorschein: 6 Personen würden 59 Prozent des gesamten Weltreichtums besitzen. Von den 100 Einwohnern hätten 80 keine ausreichenden Wohnverhältnisse, 70 wären Analphabeten, 50 wären unterernährt, nur einer hätte einen PC und nur einer hätte einen akademischen Abschluss.

Globalisierung

In den letzten 10 Jahren ist die Machtkonzentration in den Hän-

den der größten Banken und Konzerne enorm gestiegen und das Ausbluten der so genannten Dritten Welt wurde verschärft. 150 der 200 größten Konzerne der Welt konzentrieren sich auf die Wirtschaftsblocke Nordamerika und Westeuropa; auf Japan entfallen weitere 40, auf den Rest der Welt entfallen noch 10. Gerade deutsche Unternehmen spielen dabei eine große Rolle. Ist doch die Deutsche Bank eine der größten Banken der Welt, DaimlerChrysler der drittgrößte Industriekonzern.

Diese Konzentration von Macht und Reichtum haben die Banken und Konzerne mit Hilfe ihrer in-

ternationalen Institutionen und ihren Hauptmechanismen – Neoliberalismus und Schuldenfalle – erreicht.

IWF: Schuldeneintreiber

Kredite sind die komfortabelste Art für Banken, Riesengewinne zu machen. Zinsen und Zinsszinsen steigern sich immer weiter. Schon in den Siebzigern waren viele Länder des Südens hoch verschuldet. Doch sie hatten die meisten Kredite bei Privatbanken aufgenommen. Als diese sich Sorgen wegen der schwindenden Zahlungsfähigkeit machten, suchten sie eine „neutrale“ Institution, die die Eintreibung

der Schulden garantiert. Diese Rolle übernahm der Internationale Währungsfonds (IWF). Er gab den Ländern Kredite, damit sie kurzfristig Tilgung und Zinsen bezahlen konnten. Doch der Preis dafür ist hoch. „Der IWF ist keine Wohlfahrtseinrichtung. Wir verleihen Geld, wir verschonen es nicht“, betonte auch Stanley Fischer, stellvertretender IWF-Direktor in den 80ern (Hoering, IWF & Weltbank).

„Strukturanpassungsprogramme“

Jeder Kredit ist an Auflagen gebunden. Diese sogenannten „Strukturanpassungsprogramme“ umfassen im Kern folgende Maßnahmen:

„Haushalte sanieren“ – Um Zins- und Tilgungszahlungen zu garantieren, verlangt der IWF drastische Kürzungen in den Haushalten seiner Schuldnerländer. Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Renten und soziale Sicherheit fallen den Sparmaßnahmen zum Opfer. „Privatisieren“ – öffentliches Ei-

gentum wie Bahn, Post, Telekom, wird zu niedrigen Preisen an die Privatwirtschaft verschertelt. Meistens schlagen multinationale Banken und Konzerne zu.

„Freihandel zulassen“ – Subventionen an örtliche Industrien müssen gekürzt, Handelshemmnisse und Zölle zusammengestrichen werden. Länder müssen ihre Volkswirtschaften gegenüber ausländischen Unternehmen öffnen, Beschränkungen für ausländische Investitionen entfernen und Konzern Zugriff auf Arbeitnehmer und Rohstoffe gewähren. Dies natürlich zu Schleuderpreisen.

Bittere Pillen mit tödlichen Folgen

Diese neoliberalen Maßnahmen werden als „bittere Pille“ verkauft, die aber zu florierenden Wirtschaften führen sollen und damit auch die Armut beenden sollen. Die Realität beweist das Gegenteil. Heute im Jahr 2001 müssen 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag auskommen, das sind 20 Prozent mehr Menschen als 1995.

lieferungen zu unterstützen. Der Kampf gegen diese zynische Politik der Herrschenden hierzulande und der Kampf gegen die korrupten Machthaber in anderen Ländern ist ein und derselbe.

Heute ist nur das Kapital frei. Vor allem für die multinationalen Konzerne war das letzte Jahrzehnt ein einträgliches Geschäft. Schon allein der Gewinntransfer ist enorm: Auf jede in der „Dritten Welt“ direkt investierte Mark kommen 2 Mark, die als Gewinne von dort abgezogen werden. Doch den multinationalen Konzernen wurde noch mehr auf dem silbernen Tablett geliefert: Heute haben sie die Freiheit in jedes Land der Erde zu gehen, Industrien und Ressourcen aufzukaufen und viele Bereiche der einheimischen Wirtschaft, auch die Nahrungsmittelproduktion, zu beherrschen.

Kolonialpolitik – damals und heute

Diese Situation ist die Folge Jahrhunderte langer Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren durch die stärkeren Staaten. Besonders ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit der immer weitergehenden Monopolisierung der Industrie in Europa und den USA, schickten diese Länder Truppen in den Rest der Welt. Ihr Auftrag:

– Eroberung und Sicherung von Gebieten zur Ausbeutung von Rohstoffquellen durch die Großindustrie;

– Schaffung von Anlagemöglichkeiten für Kapital, das in den entwickelten kapitalistischen Ländern selbst nicht mehr profitabel angelegt werden konnte;

– Erschließung neuer Absatzmärkte für die Produkte der Großindustrie.

So eroberten Großbritannien und Frankreich, später auch Deutschland, riesige Kolonialreiche und teilten die Welt unter sich auf. Dass die zu kolonialisierenden Länder keineswegs unbewohnt waren, störte die Mächtigen Europas nicht. Ureinwohner, die sich zur Wehr setzten, wurden mit überlegener Waffentechnik massakriert, der Rest wurde durch Krankheiten dahingerafft oder durch Alkohol ruhiggestellt. So wurden die ursprünglichen Einwohner Amerikas, Australiens, Afrikas und Asiens dezimiert und teilweise vollständig ausgerottet. Als Ende des 19. Jahrhunderts alle „freien“ Kontinente und Länder verteilt waren, war der kapitalistische Konkurrenzkampf aber nicht

Die ex-koloniale Welt wird ausgepresst



Allein in Afrika sind 25 Millionen Menschen HIV-positiv. Nur 25.000 von ihnen haben zu Medikamenten Zugang, mit denen der Virus gezielt bekämpft werden kann. Das sind gerade mal 0,001 Prozent der Infizierten

Profit vor Menschenleben „Unterverschmutzt“

Die Profitgier der Konzerne kostet unzähligen Menschen das Leben. Das sieht man am Beispiel des Patentrechts auf AIDS-Medikamente. So verkaufte zum Beispiel der US-Konzern Pfizer eine tägliche Dosis Flucanazol um 14 Dollar. Das ist ein Antibiotikum gegen eine tödliche Form der Hirnhautentzündung, von der jeder fünfte AIDS-Patient in Thailand betroffen ist. Thailändische Unternehmen begannen, das Medikament für nur einen Dollar pro tägliche Dosis herzustellen. Die USA drohten Thailand mit Handelsanktionen unter Berufung auf WTO-Regeln. 25 Prozent der Exporte Thailands gehen in die USA. Die thailändische Regierung hat nun die einheimische Produktion gestoppt.

Brasilien, dass sich nicht dem Druck von WTO und Pharmakonzernen gebeugt hatte, konnte durch den Einsatz billiger, nachgemachter, AIDS-Medikamente die Zahl der AIDS-Toten halbieren.

Im Fall Südafrika haben die Pharmakonzerne nach weltweiten Protesten in Sachen AIDS-Medikamente einen taktischen Rückzieher gemacht. Einstweilen fürchten sie, dass der Imageschaden ihnen teurer gekommen wäre als der entgangene Profit.

Ausführliche Beispiele, wie mit Hilfe der WTO die exkolonialen Länder ausgebeutet werden, finden sich in der Broschüre „Die Welthandelsorganisation (WTO)“ (Bezugsquelle bei der Redaktion zu erfragen).

In einem Memorandum vom 12. Dezember 1991 begründete der damalige Chefökonom der Weltbank, Lawrence Summers, warum es wirtschaftlich sinnvoll sei, umweltbelastende Industrien in die Länder des Südens zu verlagern:

Erstens, weil die Löhne in der „Dritten Welt“ niedrig sind: Die volkswirtschaftlichen Kosten für Krankheiten und Todesfälle, ausgelöst durch Umweltverschmutzung oder giftige Abfälle oder Produktionsverfahren, seien daher niedriger

Zweitens sei die Umweltverschmutzung in großen Teilen der „Dritten Welt“ noch vergleichsweise gering: „Unterbewohnte Länder in Afrika sind weitgehend unterverschmutzt“

Drittens seien für die Armen Umweltprobleme weniger wichtig: In einem Land, in dem die Kindersterblichkeit hoch ist, sei zum Beispiel die Sorge über eine Substanz, die möglicherweise im hohen Alter krebsauslösend ist, geringer als in einem Land, wo die Menschen eine hohe Lebenserwartung haben.

Nachdem das interne Memorandum bekannt geworden war und ein Sturm der Entrüstung ausgelöst hatte, behauptete Summers, die Argumentation sei ironisch gemeint.

(Hoering, IWF & Weltbank)

Schuldenerlass?

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln wurde ein so genannter „Schuldenerlass“ für die 41 hochverschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) beschlossen.

Hört sich schön an, doch in der Realität werden zum größten Teil nur die Schulden erlassen, die ohnehin nicht zurückgezahlt werden können. Daher müssten die Länder auch nach einem Schuldenerlass noch hohe Summen für die Tilgung und Zinsen zahlen. Die Weltbank bestimmt die „Tragbarkeitsgrenze“ der Auslandsverschuldung eines Landes. Danach sollen die Schulden der ärmsten Länder lediglich nicht mehr die Obergrenze von 150 Prozent der Exporterlöse überschreiten.

Der Schulden„erlass“ ist an die üblichen Bedingungen vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank geknüpft, die in diesem Fall den wohlklingenden Namen „Arbeitsbeschäftigung“, „Sozialabbau und Liberalisierung.“

Laut der britischen Entwicklungorganisation OXFAM werden Kamerun, Honduras, Malawi, Mauretanien und Guinea nach wie vor zwischen 15 und 35 Prozent der Haushaltseinkommen für den Schuldendienst ausgeben müssen. Und Sambia, Tansania und Senegal werden nach der „Entschuldung“ unter den erweiterten HIPC-Bedingungen sogar mit einem Anstieg ihres Schuldendienstes rechnen müssen.

Nötig ist die Streichung der Schulden konsequent für alle Länder. Diese konkreten Beispiele zeigen aber auch, dass darüberhinausgehende Maßnahmen geboten sind.

Die Schulden sind gestiegen

Und trotz allem sind die Schulden und die Abhängigkeit noch gestiegen. Afrikas Staaten südlich der Sahara hatten Anfang der achtziger Jahre 84 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden; 1997 betrug die langfristigen Schulden 173 Milliarden US-Dollar – trotz Rückzahlungen, Umschuldungen und so manch einem Schuldenerlass. Das ist mehr als diese Länder mit Exporten verdienen (Hoering, IWF & Weltbank).

Diese Politik und auch die so genannte Entwicklungshilfe waren damit ein Riesengeschäft für Privatbanken, die reichen Industriestaaten und den IWF und die Weltbank. Zum Beispiel holte der IWF seit 1987 etwa 4 Milliarden US-Dollar mehr aus Afrika, als er dorthin vergab. Auch für die Industriestaaten hat sich jeder Dollar Entwicklungshilfe reichlich gelohnt. Tatsächlich fließt die „Entwicklungshilfe“ anders herum. Die armen Länder zahlen Zinsen und entwickeln damit die Gewinne der Banken in Europa, Japan und den USA. Aber auch in den entwickelten Ländern werden die öffentlichen Haushalte durch die Politik der Schuldentilgung ausgeblutet.

Banken enteignen

An dieser Schuldenfalle haben auch mehrere Entschuldungsprogramme nichts geändert (siehe Kästen zu G7/G8). Die einzige Alternative für diese Länder ist eine sofortiger kompletter Schuldenerlass. Darüber hinaus müssten die Milliarden, die durch Zinsen aus der so genannten „Dritten Welt“ geraubt wurden, als Aufbauhilfe dorthin zurückfließen. Doch damit wären die Gläubiger wohl kaum einverstanden. Um diesen Schmarotzern das Handwerk zu legen, ist es nötig, die Banken in Gemeineigentum zu überführen und unter demokratische Kontrolle zu stellen.

Problem Diktaturen

Natürlich reicht es nicht, Schulden zu erlassen. Gerade die ärmsten Länder werden in der Regel von korrupten Cliquen oder Militärdiktaturen regiert. Der Westen heuchelt ab und an etwas Kritik, mahnt scheinheilig die Einhaltung der Menschenrechte an, aber nur, um gleichzeitig und ungestört diese Regime politisch und mit Waffen-



riff zerne

zu Ende. In zwei Weltkriegen und vielen regionalen Kriegen ging es seither darum, Einflussgebiete und Wirtschaftsräume neu zu vergeben und Selbstbestimmung für die Völker zu verhindern.

Unabhängigkeitskampf

Ab den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte sich in den unterdrückten Ländern eine Welle von Revolutionen gegen die Herrschaft der Kolonialmächte und für Unabhängigkeit. Die imperialistischen Staaten wurde zu einem taktischen Rückzug gezwungen. Sie entließen die ehemaligen Kolonialländer in die formale Unabhängigkeit. Dies war zweifellos ein gewisser Fortschritt, der in blutigen und langen Kämpfen erreicht wurde. Doch frei waren sie dadurch noch nicht. Heute ist die imperialistische Herrschaft wirtschaftlich. Sie wird durch die Kontrolle über den Weltmarkt, die Macht der multinationalen Konzerne und die internationalen Finanzinstitutionen aufrechterhalten und durch hochgerüstete Interventionsarmeen militärisch abgesichert.

Neunziger Jahre

Die Lage der ex-kolonialen Länder hat sich in den Neunzigern durch den Zusammenbruch der staatlich geplanten Wirtschaften in Osteuropa und mit der verschärften Krise des Kapitalismus deutlich verschlechtert. Als die Sowjetunion noch existierte, gab es eine Systemalternative zum Kapitalismus. Einige ex-koloniale Länder schafften sogar den Kapitalismus ab und führten staatlich geplante Wirtschaftssysteme ein, allerdings bürokratisch deformierte, undemokratische Systeme, eben nach dem „Vorbild“ Sowjetunion. Aus Angst, dass noch mehr Länder dem Kapitalismus verloren gehen könnten, konnten die imperialistischen Staaten und ihre Helfershelfer in den ex-kolonialen Ländern ihre ausbeuterische Politik nicht so ungenehm durchzuführen wie das heute wieder der Fall ist.

Gegenwehr

Doch der Neoliberalismus konnte auch deshalb so wüten, da es kaum Gegenwehr gab. International beugten sich Gewerkschaftsführung und ehemalige linke Parteien mehr denn je der Logik des Marktes und organisierten kaum oder gar keinen Widerstand gegen Lohndumping, Deregulierung und Privatisierung. Es sind dieselben Konzerne, die die „Dritte Welt“



Beim WTO-Gipfel in Seattle 1999 ging der Staatsapparat mit großer Härte gegen die DemonstrantInnen vor. Dennoch geht seit Seattle kein Gipfeltreffen der Herrschenden mehr ungestört über die Bühne

ausbeuten und die hierzulande Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtern und Leute entlassen. Dieselben Banken, die die armen Länder über Schulden in den Ruin treiben, pressen hierzulande aus überschuldeten Haushalten auch noch den letzten Pfennig heraus.

Auch deshalb muss der Kampf gegen die Diktatur der Banken und Konzerne in jedem Land und über Ländergrenzen hinweg geführt werden. Die internationalen Proteste gegen die Gipfel der Weltmächte, aber auch die vielfältigsten Bewegungen in verschiedenen Ländern, sind ein Anfang dazu.

Alternative

Seien wir realistisch – die einzige Alternative ist Sozialismus

Es ist utopisch die Banken und Konzerne dieser Welt dazu zu bringen, auf die Ausbeutung der Welt zu verzichten. Genauso utopisch ist es, ihre Institutionen, wie IWF/Weltbank, WTO, G7/G8, zu reformieren und zu Institutionen zum Wohle der Mehrheit der Bevölkerung zu machen. Denn zu Kapitalismus gehören Konkurrenz und Profit. Jedes Unternehmen, das da nicht mit macht, ist weg vom (Welt)Markt.

Die Alternative zum Wahnsinn des Kapitalismus ist eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung. Nur wenn die Ressourcen und die Produktion geplant eingesetzt werden, können die enormen Reichtümer der Welt sinnvoll genutzt werden. Dazu müssen die Banken und Konzerne in Gemeineigentum überführt werden und die Produktion unter der Regie der Beschäftigten geleitet werden.

Das ist die Voraussetzung dafür, dass nicht länger das Profitinteresse einer kleinen Minderheit über die elementaren Interessen von sechs Milliarden Menschen gestellt wird.

Wissenschaftler, Umweltschützer und Beschäftigte könnten die Produktion im Sinne von Mensch und Natur umgestalten und gemeinsam den Dreck des letzten Jahrhunderts aufräumen und entsorgen. Und sobald die Mehrheit die Macht hat, machen auch nur noch Entscheidungen im Sinne, die der Mehrheit von Nutzen sind: Ausbeutung und Kriege gehören damit dann endgültig in die Geschichtsbücher. ■

- Schluss mit der Ausbeutung der Welt durch Banken und Konzerne
- Sofortige Schuldenstreichung für die Länder der „Dritten Welt“
- Schluss mit der Zinszahlung an die Banken
- Die Milliarden, die die Banken durch Zinsen aus der „Dritten Welt“ geraubt haben, müssen als Aufbauhilfe zurückfließen
- Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen
- Weg mit IWF, Weltbank, WTO
- Kein Ausverkauf öffentlichen Eigentums in der „Dritten Welt“ an Banken und Konzerne. Deshalb: Kampf gegen Privatisierung weltweit
- Drastische progressive Besteuerung von Gewinnen und Vermögen
- Rückführung privatisierter Bereiche in Gemeineigentum bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Internationaler Kampf gegen Diktaturen in der „Dritten Welt“ und gegen die Diktatur des Marktes über die Welt
- Internationaler Kampf gegen den Abbau sozialer und ökologischer Standards
- Für eine Mindestabsicherung (Mindestlohn, Mindestrente), die sicherstellt, dass kein Mensch weltweit länger in Armut leben muss. Für eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die international zusammenarbeiten
- Für die länderübergreifende Zusammenarbeit von BasisaktivistInnen in Betrieb und Gewerkschaft
- Gegen die internationalen Organisationen des Kapitals, gegen den globalen Kapitalismus – Für den Aufbau neuer Arbeiterparteien. Für den Aufbau einer Internationale der ArbeiterInnen und der Jugend
- Hinter IWF, Weltbank, WTO stecken die Profitinteressen der Banken und Konzerne. Die 500 größten multinationalen Konzerne kontrollieren 90 Prozent des Weltmarktes. Deshalb: Überführung in Gemeineigentum. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitenden Menschen
- Für eine Welt ohne Ausbeutung, Hunger und Kriege, für eine sozialistische Demokratie weltweit

Institutionen des globalen Kapitalismus

G7/G8

Seit 1975 finden jährlich Konferenzen der sieben wichtigsten Industriestaaten statt: USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada. Thema ist in erster Linie die Entwicklung (oder die Krise) der Weltwirtschaft. In letzter Instanz geht es darum, wie man den Kapitalismus als Weltsystem trotz Krisen aufrechterhalten kann. Seit dem Weltwirtschaftsgipfel 1998 in Birmingham wurde die G8 durch Zuladung Russlands gegründet. Seit dem gibt es G7-Treffen zu finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen unter Ausschluss von Russland und G8-Treffen mit politischen Themen. Es treffen sich dort die Staats- und Regierungschefs der einzelnen Länder. Es gibt aber auch regelmäßige Treffen der Außen-, Finanz- und Wirtschaftsminister.

IWF und Weltbank

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank wurden beide 1944 gegründet, haben ihren Sitz in Washington DC (USA) und sind Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UN). Der IWF ist formell zuständig für die internationale Währungsstabilität. Er vergibt in erster Linie kurzfristige Kredite, die an strenge Bedingungen geknüpft sind: das Land muss Privatisierungen, Sozialkürzungen und Handelsliberalisierungen vornehmen.

Die Weltbank ist laut ihrem Selbstverständnis zuständig für internationales Wachstum und Entwicklung. Sie vergibt langfristige Kredite, die in verschiedene Projekte fließen. Auch die Weltbank macht die Vergabe von Krediten von politischer Willfährigkeit abhängig.

Das Stimmrecht richtet sich nach der wirtschaftlichen Stärke des jeweiligen Landes. Eine besondere Klausel erlaubt der USA eine Sperrminorität bei allen wichtigen Entscheidungen.

Die Weltbank ist verantwortlich für viele umstrittene Großprojekte, wie gigantische Staudämme, für deren Bau Menschen zwangsumgesiedelt und wertvoller Lebensraum überflutet wurden.



WTO (World Trade Organization – Welthandelsorganisation)

Die WTO wurde 1995 gegründet, als Nachfolgeorganisation von GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Sie umfasst 134 Vertragsstaaten und die EU-Kommission. Ihre Aufgabe ist es Zölle und andere Handelshemmnisse zu regeln. Ihr Ziel ist es, die Bewegungsfreiheit der Konzerne zu erweitern und ihre Zugriffsrechte zu sichern. Eine weltweite Integration wird angestrebt, um einen besseren und billigeren Zugang zu knappen Ressourcen, neuen Märkten und billigen Arbeitskräften überall auf der Welt zu erreichen.

Die WTO verbietet allen Vertragsstaaten das freie Wirken von Banken und Konzernen zu beschränken, zum Beispiel durch Importbeschränkungen, durch Förderung einheimischer Produkte oder durch Gesetze, die die Einhaltung von Umweltauflagen, Sicherheit oder Menschenrechten festlegen. Wird ein Gesetz oder eine Maßnahme bei der „WTO-Streitschlichtungsstelle“ erfolgreich angefochten und als „illegale“ Behinderung des freien Handels befunden, muss es außer Kraft gesetzt werden. Sonst drohen dem Land härteste Handelsanktionen, Disziplinarmaßnahmen und Strafen.

Alle 2 Jahre gibt es Ministerkonferenzen aller Vertragsstaaten – zuletzt 1999 in Seattle. In der Zwischenzeit hat der „Rat von Experten“ und die „Streitschlichtungsstelle“ (Rechtsanwälte und Beamte aus dem Handelsbereich) das Sagen. Beide wurden nie gewählt.

Wenn die Welt ein Dorf wär'

Wenn wir die ganze Menschheit auf ein Dorf von 100 Einwohner reduzieren würden, dann würde sich die Einwohnerschaft so zusammensetzen:

- 57 wären Asiaten – 21 wären Europäer – 14 wären Amerikaner (Nord und Süd) – 8 wären Afrikaner
- 52 wären Frauen – 48 wären Männer
- 70 wären Nicht-Christen – 30 wären Christen
- 89 wären heterosexuell – 11 wären homosexuell
- 6 Personen würden 59 Prozent des gesamten Weltreichtums besitzen und alle 6 Personen kämen aus den USA
- 50 wären unterernährt – 55 hätten kein sauberes Trinkwasser – 70 wären Analphabeten – 80 hätten keine ausreichenden Wohnverhältnisse
- Einer hätte einen akademischen Abschluss
- Einer hätte einen PC



Weltwirtschaft und Börsenkrise

Kapitalismus ist irrational

Seit Frühjahr 2000 befinden sich die internationalen Finanzmärkte in einer der schwersten Krisen seit ihrer Entstehung. Der technologieelastige Aktienindex NASDAQ ist seit seinem Höchststand im März 2000 um 60 Prozent eingebrochen. Die Krise auf den Finanzmärkten beginnt nun auch die Realwirtschaft zu ergreifen. „Die Reaktion des privaten Sektors in den USA auf die fallenden Börsenkurse und die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage in Japan treiben die Weltwirtschaft in eine gefährliche globale Rezession“, so ein Kommentar in der Financial Times vom 28. März 2001. Was sind die Ursachen dieses Börsencrashes, dessen Folgen die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren ausbaden muss?

Von Lorenz Blume, Kassel

Robert J. Shiller, Ökonomeprofessor an der Yale Universität, hat im Herbst letzten Jahres ein Buch mit dem Titel „Irrationaler Überschuss – warum eine lange Baisse an der Börse unvermeidlich ist“ veröffentlicht, was versucht, Antworten auf diese Frage zu geben. Das Buch besteht vor allem durch eine sehr gute statistische Beschreibung und historische Einordnung dessen, was Alan Greenspan, der Notenbankchef

der USA, mit seiner Begriffsschöpfung „irrationaler Überschuss“ gemeint hat. Als entscheidender Beleg für die Spekulationsblase an den Finanzmärkten wird das so genannte Kurs-Gewinnverhältnis (KGV), also der reale (inflationsbereinigte) S&P-Aktienindex dividiert durch den gleitenden Zehnjahres-Durchschnittswert der realen Unternehmensgewinne laut S&P-Gewinnindex für den Zeitraum von 1881 bis 2000 angegeben (siehe Abbildung).

Spekulationsblase

Es zeigt sich, dass das KGV schon in der Vergangenheit dreimal Spitzenwerte erzielte: Im Juni 1901 – dem so genannten Jahrhundertwendegipfel –, nachdem die amerikanische Wirtschaft die Depression von 1890 überwunden hatte lag das Verhältnis bei 25,2 zu 1, im September 1929 direkt vor dem großen Börsencrash, der die Weltwirtschaftsdepression von 1929-32 einleitete und in deren Verlauf die Aktien 80 Prozent ihres Wertes verloren, bei 32,6 zu 1 und im Januar 1966 auf dem Höhepunkt des Nachkriegsaufschwungs bei 24,1 zu 1. Im Januar 2000 erreicht nun eben dieses KGV nach einem zuerst langsamen Anstieg der Aktienkurse seit 1982 und dann explosionsartigen Anstieg seit 1997 einen historischen Höchststand von 44,3 zu 1.

Kurs-Gewinn-Verhältnis 1881-2000



Das Kurs-Gewinn-Verhältnis zeigt den Aktienindex der bestnotierten Werte dividiert durch den gleitenden Zehnjahres-Durchschnittswert der Unternehmensgewinne. Seit Ende der 90er Jahre sind die Aktienkurse weiter abgehoben von der realen Wirtschaft als vor dem Börsencrash 1929

Kasinokapitalismus

Shiller gelingt es mit diesen Daten sehr eindrucksvoll zu belegen, dass es im Kapitalismus so etwas wie einen effizienten Finanzmarkt nicht gibt und es sehr wohl zu Überbewertungen, irrationalen Überschuss, Spekulationsblasen und Kasinokapitalismus kommen kann. Wie anders lässt sich erklären, dass der US-Konzern Yahoo im März 2000 an den Aktienmärkten mit einem Wert von 93,7 Milliarden Dollar bewertet wurde, mehr als die amerikanischen Großkonzerne Boeing, Heinz und General Motors zusammen, und im März 2001 nur noch einen Börsenwert von 9,7 Milliarden Dollar hatte, also rund einem Zehntel des Vorjahreswerts? Haben sich die Geschäftsaussichten von Yahoo in diesem einen Jahr so grundlegend geändert, dass solch ein Werteverfall Ausdruck einer rationalen und effizienten Bewertung des Werts der Firma an den Finanzmärkten ist?

Sicherlich nicht! Im März 2000 war der Börsenwert Yahoos, um bei dem Beispiel zu bleiben, einer Firma, die nur einen Bruchteil der Umsätze von Boeing, Heinz und General Motors verzeichnet, vielmehr Ausdruck einer enormen spekulativen Überhöhung. Shiller benutzt hier die Begriffe „Rückkopplungsschleifen“ und „natürliche Pyramidensysteme“, um die Entstehung solcher Spekulationsblasen zu erklären. Der Gedanke hinter diesen Begriffen ist sehr einfach: Weil der Aktienkurs in den Vormonaten angestiegen ist, erwarten die Spekulanten, dass er dies auch in den nächsten Monaten tun wird und erhöhen ihn so weiter. Beteiligen sich immer mehr Akteure wie bei einem Kettenbrief oder Pyramidensystem an diesem Spiel, so wird durch die Aktienverkäufe (Gewinnmitnahmen) permanent Gewinn ausgeschüttet an diejenigen, die die Aktien in der Vorperiode zu einem niedrigeren Wert gekauft hatten. Seit 1997 hat sich beispielsweise in Deutschland die Anzahl der Aktienbesitzer auf 11 Millionen verdoppelt. Doch wie all solche spekulativen Spiele bricht solch ein Pyramidensystem irgendwann zusammen, nämlich genau dann, wenn sich niemand mehr findet, der auf einen noch höheren Kurs



Das Terrain der New Yorker Wall Street wird rutschig für die Bullen

der Aktie spekuliert und somit bereit ist, die Aktie zu kaufen. Die sich selbst verstärkende spekulative Spirale, die sich vorher nach oben gedreht hat, dreht sich nun nach unten und die Aktien verlieren rapide an Wert. Die Letzten, die sich noch am Pyramidenspiel beteiligt hatten, sind dann die Dummen. Und dies ist in der Regel die große Masse der Kleinaktionäre.

Ursachen

Während Shiller den Aufbau dieser Spekulationsblasen noch sehr gut erklärt, ist sein Analyse der Ursachen höchst dürftig. Die wesentliche Ursache des irrationalen Überschusses waren nach Shiller irrationale Erwartungen der Spekulanten, geschürt durch die Erfolgsmeldungen der Zeitungen, zunehmende Spielsucht, optimistische Prognosen, Siegestaumel über den Zusammenbruch der südostasiatischen Volkswirtschaften, Aufbruchsstimmung in eine vermeintlich neue Ära etc.

Aus Sicht der marxistischen Wirtschaftstheorie ist solch eine Analyse mehr als unzureichend. Marxistinnen und Marxisten beginnen immer von den realwirtschaftlichen Daten, den materiellen Bedingungen aus zu analysieren und versuchen auf dieser Grundlage wesentliche von unwesentlichen Faktoren zu unterscheiden. Aus marxistischer Sicht sind die Spekulationsblasen ein Ausdruck der fundamentalen Krise, in der sich das kapitalistische Wirtschaftssystem seit 1974 befindet. Seit Anfang der 80er Jahre führte diese strukturelle Überakkumulationskrise dazu, dass die Kapitalisten vermehrt Anlagemöglichkeiten für ihr angehäuftes Kapital auf den Finanzmärkten suchten. Kurz gesagt: Statt zu investieren wurde mehr und mehr spekuliert. Wie auch schon vor der Weltwirtschaftsdepression von 1929 kam es so zu einem Aufbau fiktiven Kapitals, nur auf einem deutlich

höheren Niveau. Im Prozess dieses Aufbaus der Spekulationsblase haben dann sicherlich verstärkende Faktoren, wie die Umstellung großer Teile des Rentensystems auf Aktienbasis in den USA, aber auch künstlich geschürte irrationale Erwartungen vor allem bei den Kleinaktionären eine Rolle gespielt. Ursächlich waren diese Faktoren jedoch nicht. Genau wie die Krise auf den Finanzmärkten in der Realwirtschaft begonnen hat und in den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise begründet liegt, wird sie auch wieder in der Realwirtschaft enden.

Zu den möglichen Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktcrise auf die US-Wirtschaft schreibt Shiller: „Die realen Verluste ließen sich mit der Totalzerstörung aller Schulen oder aller Farmen oder sogar aller Eigen-

heime des Landes vergleichen.“ (S. 243) Und möglicherweise untertreibt er damit noch. Denn der letztjährige Einbruch an den Kapitalmärkten, der jetzt schon den Beginn der Weltwirtschaftsrezession ausgelöst hat, hat nur zu einer Verringerung der Überbewertung an den Kapitalmärkten von einem dreifachen Niveau auf ein zweifaches Niveau geführt. (Financial Times 28.3.2001) Noch dürftiger als seine Analyse der Ursachen ist Shillers „Aufruf zum Handeln“ im Angesicht dieser krisenhaften Perspektive. Im wesentlichen beschränkt er sich darauf, Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens aufzufordern, dem irrationalen Überschuss an den Finanzmärkten doch mit vernünftigen warnenden Worten entgegenzutreten. ■

Rosa Luxemburg über die kapitalistischen Finanz- bzw. Kreditmärkte

„Er (der Kredit) bietet nicht nur das technische Mittel, einem Kapitalisten die Verfügung über fremde Kapitale in die Hand zu geben, sondern bildet für ihn zugleich den Sporn zu einer kühnen und rücksichtslosen Verwendung des fremden Eigentums, also zu waghalsigen Spekulationen. Er verschärft nicht nur als heimtückisches Mittel des Warenaustauschs die Krise, sondern erleichtert ihr Eintreten und ihre Verbreitung, indem er den ganzen Austausch in eine äußerst zusammengesetzte und künstliche Maschinerie mit einem Mindestmaß an Metallgeld als realer Grundlage verwandelt und so ihre Störung bei geringstem Ausmaß herbeiführt. So ist der Kredit, weit entfernt, ein Mittel zur Beseitigung oder auch nur zur Linderung der Krisen zu sein, ganz im Gegenteil ein besonders mächtiger Faktor der Krisenbildung. Und dies ist auch gar nicht anders möglich. Die spezifische Funktion des Kredits ist – ganz allgemein ausgedrückt – doch nichts anderes, als den Rest von Standfestigkeit aus allen kapitalistischen Verhältnissen zu verbannen und überall die größtmögliche Elastizität hineinzubringen, alle kapitalistischen Kräfte in höchstem Maße dehnbar, relativ und empfindlich zu machen. Dass damit die Krisen, die nichts anderes als der periodische Zusammenstoß der einander widerstrebenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft sind, nur erleichtert und verschärft werden können, liegt auf der Hand.“

aus: Sozialreform und Revolution, Kapitel 2, 1899

Serie zur Europäischen Union (EU): Teil 3

Schengen und die Festung Europa

Die Regierungschefs der Europäischen Union sprechen häufig von einem offenen und freien Europa, in dem ein multikultureller Austausch und die freie Fortbewegung möglich wären. Und tatsächlich heißt es im Schengener Abkommen: „Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personkontrollen überschritten werden“ (Titel II, Kapitel I, Artikel 2, (1)). Doch wie sieht die Realität für Nicht-EU-AusländerInnen beziehungsweise für Flüchtlinge aus?

Das Schengener Abkommen sowie weitere Verträge (Amsterdamer Vertrag von 1999, etc.) haben den Rahmen für ein Europa geschaffen, das gegen alle Flüchtlinge abgeschottet werden soll. Bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs im finnischen Tampere im Oktober 1999 unter dem Motto „Meilensteine von Tampere auf dem Weg zu einer Union der Freiheit, der Sicherheit und des

Rechts“ wurden eine effizientere Abschottung gegenüber Flucht- und Migrationsbewegungen sowie koordiniertere und rigidiere Abschiebungsverfahren beschlossen. Es wird von der „Notwendigkeit einer konsequenten Kontrolle der Außengrenzen zur Beendigung der illegalen Einwanderung“ gesprochen.

Abschiebepaxis in Deutschland

In Deutschland wurde in den letzten Jahren schon konsequent kontrolliert: Nach einer Statistik der Berliner Antirassistischen Initiative sind in den letzten acht Jahren 239 Flüchtlinge durch staatliche Maßnahmen ums Leben gekommen. Seit 1993 sind 119 Menschen bei dem Versuch gestorben, „illegal“ nach Deutschland zu gelangen, davon 89 an den deutschen Ostgrenzen. 92 Flüchtlinge haben wegen drohender Abschiebung Selbstmord begangen,

10 sind durch Polizeigewalt gestorben und 13 kamen nach der Abschiebung im Herkunftsland ums Leben.

Staatlicher Rassismus in der EU

In den anderen EU-Staaten ist die „Flüchtlingspolitik“ ähnlich beziehungsweise vergleichbar. Diesbezüglich heißt es in dem bereits erwähnten Schengener Abkommen: „Die zuständigen Behörden überwachen die Außengrenzen außerhalb der Grenzübergangsstellen, durch Streifen. Diese Überwachung ist in einer Weise durchzuführen, dass kein Anreiz für die Umgehung der Kontrollen an den Grenzübergangsstellen entsteht“ (Titel II, Kapitel 2, Artikel 6.(3)).

Mit dem Amsterdamer Vertrag ist auch eine schnelle Umsetzung des EURODAC-Systems beschlossen worden. Mit diesem System können europaweit die Fin-

gerabdrücke von „illegalen Zuwanderern“ verglichen werden, damit diese in „zur Einreiseverweigerung ausgeschriebenen Drittstaaten“ schon an den Grenzen „zurückgeführt“ werden können. Auch auf finanzieller Ebene sollen die EU-Staaten laut Schengener Abkommen gut zusammenarbeiten: „(...) gleichen die Vertragsparteien die finanziellen Ungleichgewichte, die infolge der in Artikel 23 vorgesehenen Abschiebungsverpflichtung entstehen, untereinander aus, wenn diese Abschiebung nicht auf Kosten des Drittstaatslängers vorgenommen werden kann“ (Titel II, Kapitel 4, Artikel 24).

Weitere Verschärfungen geplant

Bei dem nächsten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember in Brüssel soll diskutiert werden, wie die Mauer der Festung Europa noch höher gebaut und die verbliebenen Reste

des Grundrechts auf Asyl beseitigt werden können. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) beklagte sich in einem Interview über den „zu guten rechtlichen Status“ von Flüchtlingen: „Wir müssen uns aber mit Blick auf Europa und auf die europäische Asylrechtsdebatte dem Gedanken öffnen, dass nicht jede Wohltat, die wir einem Menschen zuwenden, einlagbar sein muss. Ein Gast hat Hilfsbereitschaft verdient, aber in allen Ländern außerhalb Deutschlands kann er diese nicht gerichtlich erzwingen.“ (DIE ZEIT vom 28.11.1999)

Gleiche Rechte für alle

In diesem Europa, in dem die Profitinteressen der Banken und Konzerne entscheidend sind, ist es nicht verwunderlich, dass Flüchtlinge, die für die Unternehmer nicht nutzbringend einsetzbar sind, wie Tiere gejagt und mit brutalen Methoden abgeschoben werden. Es ist nötig, dass wir gegen

dieses abgeschottete Europa kämpfen. Für ein Europa, in dem jeder Immigrant uneingeschränktes Bleiberecht und die gleichen Rechte wie ein „Inländer“ hat. Für ein Europa, in dem alle Abschiebeknäste aufgelöst werden, in dem es keine Sammelunterkünfte mehr gibt, und in dem eine menschenwürdige Unterbringung aller Flüchtlinge gewährleistet ist und in dem kostenlose Sprachkurse für alle ImmigrantInnen angeboten werden. Für ein Europa, in dem die Interessen von ArbeiterInnen und Jugendlichen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe oder Religion, zählen. Für ein Europa, das nicht lägher die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen bekämpft, angefangen mit einem Stopp aller Waffenexporte, der Enteignung der Rüstungsindustrie, der Streichung aller Schulden der Länder der „Dritten Welt“ und der Überführung der Banken in Gemeineigentum.

Olaf van Aken, Aachen

Parlamentswahlen in Italien

Warum konnte Berlusconi die Wahlen gewinnen?



Bei den jüngsten italienischen Wahlen ging die Rechte als Sieger hervor. Das von Berlusconi Forza Italia geführte „Haus der Freiheiten“, ein Bündnis zu dem auch die Nachfolgepartei der faschistischen MSI (die Alleanza Nazionale von Fini) und die rechtspopulistische Lega Nord von Bossi gehören, gewann in beiden Kammern (Senat und Abgeordnetenkammer) die absolute Mehrheit der Sitze. Dieser Wahlausgang bedeutet einen Rückschlag für die Linke und die Arbeiterbewegung, nicht nur in Italien, sondern international. Wie konnte es dazu kommen? Was ist in Italien nach dem Wahlsieg Berlusconi zu erwarten? Welche Lehren müssen daraus gezogen werden?

Von Aron Amm, Berlin

„Silvio Berlusconi, Herr über ein 50-Milliarden-Mark-Imperium aus Verlagen, Fernsehkanälen, Kinoketten, Bauunternehmen und Werbeagenturen, Eigentümer des Fußballclubs AC Mailand (...) hat seit dem 13. Mai eine neue Großfirma: 300.000 Quadratmeter Gelände, 57 Millionen Beschäftigte – Italien.“ (Der Spiegel, 21/01) Wie seine Unternehmen werde er das Land führen, hatte er in seinem 100 Millionen Mark verschlingenden Wahlkampf angekündigt.

Bei den Wahlen, an denen sich 80 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten (400.000 weniger als 1996), konnten die 3 großen rechten Parteien auf über 45 Prozent kommen. Das war nur vor dem Hintergrund tiefer Enttäuschung mit dem seit 1996 regierenden Mitte-Links-Bündnis des „Olivensbaums“ möglich. So ist Italien zum Beispiel nach Britannien das EU-Land, in dem am meisten privatisiert wurde.

Berlusconi Ziele

Das Programm der neuen, der 59. Nachkriegs-Regierung klingt nach paradiesischen Zeiten für die Reichen und Superreichen: Die Spitzensteuersätze werden von über 46 Prozent auf ein Drittel gesenkt. Erbschafts- und Schenkungssteuer werden abgeschafft. Der Privatierskursus wird fortgesetzt. In der ersten Kabinetsitzung soll der Ausverkauf des Schulsystems eingeleitet werden.

Im Kern geht es der Forza Italia jedoch um mehr: Mit dem Berlusconi-Clan haben sich Kapitalisten an die Regierung gebracht, um ihre Profitbedingungen gegenüber der Konkurrenz zu verbessern und lästige Gesetze aus dem Weg zu räumen. Mit der weitgehenden Privatisierung des Staatsfernsehens Rai soll das Feld für

Berlusconi Mediaset freigemacht werden. Mit Änderungen bei der Rechtsprechung soll Straffreiheit für Berlusconi und seine Geschäftspartner bei ihren Steuerhinterziehungsgeschäften sanktioniert werden. Nicht die „kommunistischen Staatsanwälte“, so Berlusconi, sollen länger entscheiden, gegen wen vorrangig ermittelt wird, sondern das Parlament.

Rechte auf dem Vormarsch?

Michael Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, nannte Berlusconi Wahl nach dem Erfolg von George Bush in den USA ein „ermutigendes Signal für das bürgerliche Lager in der EU“. Übrigens lehnt Berlusconi zum Beispiel genauso wie Bush das Klimaschutzabkommen von Kyoto ab. Jörg Haider, der mit seiner FPÖ zu den ersten Gratulanten gehörte, sprach von einem „positiven Sieg für Europa“.

Trotz der Wahlerfolge für Haider, Bush oder Berlusconi sowie des Amtsantritts von Koizumi in Japan, der seine Vorhaben dem Thatcherismus entlehnt hat, gibt es keinen Durchbruch für die Rechte. Die neuen Regierungen sind äußerst instabil.

Berlusconi Erfolg war kein Erdbeben. 53 Prozent stimmten gegen ihn und sein Bündnis – obwohl er für seinen Wahlkampf zehnmal soviel Lira zur Verfügung hatte wie die Konkurrenz. Deutlich verloren hat Bossis Lega Nord. Von 10,1 Prozent 1996 sackte die Lega auf 3,9 Prozent ab. Bossi hatte sich im Wahlkampf am meisten mit rassistischen Sprüchen hervorgetan. Berlusconi's klare Mehrheit im Parlament ist vor allem das Ergebnis des neuen Mehrheitswahlsystems.

Olivensbaum

Die Parteien auf der Linken – die Linksdemokraten (DS, Nachfolgerin der ehemaligen PCI), Rifondazione Comunista, PCDI (Partei der italienischen Kommunisten) und Sonnenblume (Bündnis aus Grünen und Resten der ehemaligen Sozialistischen Partei) – blühten insgesamt 2,6 Millionen Stimmen ein, in erster Linie an die beiden neuen bürgerlichen Parteien im Zentrum, die Europäischen Demokraten um den Gewerkschaftsführer D' Antonio, und das Italien der Werte um Di Pietro.

Hauptverlierer waren die Linksdemokraten (DS). Sie verloren 1,7 Millionen Stimmen und stürzten von 21,1 auf 16,6 Prozent ab. Dieses Debakel ist selbstverschuldet. Die DS war die zentrale Kraft in der bisherigen Mitte-Links-Regierung des Olivensbaums. Mit ihrer Regierungsbeteiligung erhielt die ehemalige Kommunistische Partei, die heutige DS, zum ersten Mal Ministerposten, nachdem die italienische Kapitalisten-

klasse dies mehr als 50 Jahre verhindert hatte. Unter dem Dach des Olivensbaums versammelten sich neben den Neuformierungen der früheren Kommunistischen Partei auch traditionelle bürgerliche Parteien.

Die DS forcierte unter Prodi, D'Alema und Amato im Rahmen des EU-Stabilitätspakts Lohnkürzungen, Flexibilisierungen, Privatisierungen, Abschiebungen von ImmigrantInnen und die Aufkündigung der bisherigen Rentenversicherung.

PRC

Während die Führung der Ex-PCI mit ihrer DS mit wehenden Fahnen ins bürgerliche Lager übergegangen war, lehnt die Partito Comunista Rifondazione (PRC) bis heute die Anbiederung an die herrschende Klasse ab. Die PRC stand in Opposition zur neoliberalen Politik oder zum NATO-Krieg auf dem Balkan. Ihr Vorsitzender Fausto Bertinotti meinte bezüglich der politischen Differenzen zwischen PRC und DS: „Man kann nicht Erdäpfel mit Möhren vergleichen.“

Unter diesen Vorzeichen war die Rifondazione die einzige der kleinen Parteien die bei den Wahlen die 4-Prozent-Hürde überwinden konnte. Allerdings ist auch die PRC von ihren früheren 10 Prozent weit entfernt. Sie verlor 1,3 Millionen Stimmen: 600.000 gingen an Cossuttas PCdI, die sich 1998 abgespalten hatte, und in das Olivensbaum-Bündnis eintrat, 700.000 gingen an die DS. Das war möglich, weil die Führung der PRC (trotz wichtiger Teile der italienischen Linken, die sich in der Partei engagieren) nur in bescheidenem Maße ihre Basis und Anhängerschaft mobilisierte und bei den Abwehrkämpfen und Streiks der letzten Jahre keine entschlossene Unterstützung gab und keine Kampfstrategie in die Bewegung einbrachte. Stattdessen ist Bertinotti auf die Parlamentsarbeit fixiert. Nach den Wahlen machte Bertinotti zum Beispiel keinen Aufbruch, gegen Berlusconi auf die Straße zu gehen, sondern strahlte wegen der Parlamentssitze für seine Partei nur selbstzufrieden in die Fernsehkameras.

Aussichten

Wirtschaftlich und politisch drohen Italien instabile Verhältnisse. In den letzten Jahren war Italiens Wirtschaft das Schlusslicht innerhalb der Europäischen Union. Der Schuldenberg des viertgrößten EU-Wirtschaftsraumes beläuft sich auf 2,5 Billionen Mark, die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 10 Prozent. Das Nord-Süd-Gefälle ist geblieben. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat dramatisch zugenommen: In den letzten zwanzig Jahren sind die Einkünfte aus

nichtselbstständiger Arbeit laut der Tageszeitung Corriere della sera von 56 auf 60 Prozent der Gesamteinkünfte gefallen.

Laut dem Economist vom 19.5.01 bergen die öffentlichen Schulden, die nach wie vor bei 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, erhebliche Risiken für die Zukunft des Euro. „Als beispielsweise im Frühjahr 1999 die italienische Regierung bei der EU um Erlaubnis bat, ein wenig mehr Schulden machen zu dürfen, fiel der Euro binnen Stunden um zwei Cent gegenüber dem Dollar.“ (Der Spiegel, 21/01)

Im Zuge der tiefen Krise der traditionellen bürgerlichen Parteien – wie der CDU oder den Tories – könnte Berlusconi und sein Wahlbündnis zu einem Modell für die europäische Rechte werden. Dennoch hat auch Berlusconi's Regierung keine stabile Basis.

ArbeiterInnen, die mangels einer klaren Alternative auf der Linken und fehlender Gegenwehr der Gewerkschaftsspitze auf rechte Populisten hereinfallen konnten, konnten sich auf Grundlage der Erfahrung mit ihrer forcierten Umverteilungspolitik bereits in kurzer Zeit wieder abwenden. In Österreich verlor Haider's FPÖ nach einem Jahr Regierungsbeteiligung bei den Wiener Kommunalwahlen in diesem Frühjahr ein Viertel ihrer Stimmen.

In Österreich gingen den Wiener Wahlen zwölf Monate Dauerproteste voraus. Als Reaktion auf die Regierungsbildung kam es bereits im Februar letzten Jahres zur größten Demonstration in Österreichs Nachkriegsgeschichte. Ähnliches ist in Italien in den nächsten Monaten zu erwarten. Die Demonstration gegen den G7/G8-Gipfel in Genua Mitte Juli, zu der schon 200.000 TeilnehmerInnen erwartet werden, könnte zur ersten großen Manifestation des Protests gegen Berlusconi's Regierung werden.

Eine Woche nach dem Wahltag waren 80.000 MetallarbeiterInnen in einen eintägigen Streik für einen neuen Tarifvertrag getreten. Berlusconi war schon einmal, 1994, Regierungschef. Damals dauerte seine Amtszeit acht Monate. Seinezeit brachte ihn ein Streik von 3 Millionen Beschäftigten zu Fall. Die Massenbewegung im heißen Herbst 1994 rührte vom ersten Sparprogramm her. Insbesondere die Rentenversorgung war unter Beschuss. Dass Fini, Bossi und Berlusconi sieben Jahre später – nach einer vollen Legislaturperiode des Olivensbaums – erneut die Regierung bilden können, zeigt einmal mehr die Notwendigkeit eines konsequenten sozialistischen Programms und einer kompromisslosen klassenkämpferischen Politik. ■

Griechenland Erfolgreiche Generalstreiks gegen Renten kürzung

Am 17. Mai fand in Griechenland der größte Generalstreik seit mehr als 25 Jahren statt. 24 Stunden lang streikten die Angestellten, ArbeiterInnen der privaten Wirtschaft, JournalistInnen, LehrerInnen, Bankangestellte, die Post, die TaxifahrerInnen (zum ersten Mal) und der gesamte Öffentliche Dienst gegen die geplante Zerschlagung des staatlichen Rentensystems.



Demozug der Schwesterorganisation der SAV in Griechenland, XEKINIMA, am 26. April

Dieser Generalstreik mit einer Beteiligung von 2,5 Millionen Menschen war der zweite innerhalb von drei Wochen. Bereits am 26. April gingen so viele auf die Straße wie seit dem Kampf gegen die Militärdiktatur nicht mehr. Mit den Angriffen auf die Rente wollte die sozialdemokratische PASOK-Regierung einen Teil der Staatsschulden auf die Schultern der ArbeiterInnen und Jugendlichen abwälzen. Das Rentenalter sollte von 58 Jahren auf 65 Jahre angehoben werden – bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 62 Jahren in einzelnen Branchen –, die Rente gleichzeitig um 20 Prozent gesenkt werden. Staat und Unternehmer wollen sich insgesamt aus der Rentenfinanzierung rausziehen. Alle diese Maßnahmen bahnen den Weg für die private Rentenversicherung – die Versicherungskonzerne waren deswegen auch diejenigen, die diese Reform öffentlich lautstark begrüßten.

Doch schon am Vorabend des Generalstreiks war klar, dass sich die ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen massiv gegen die geplanten Kürzungen wehren würden. Die PASOK-orientierte Gewerkschaftsführung des GSEE (griechischer Gewerkschaftsdachverband), die normalerweise die Arbeiterbewegung



Während des Generalstreiks vom 26. April gingen in Athen mehr als 100.000 Menschen auf die Straße

bremsen, hatte diesmal keinen Erfolg. Im Namen von EU und Euro-Beitritt hat die griechische Arbeiterklasse in den letzten Jahren zu viele Schläge hinnehmen müssen, die Arbeitslosigkeit liegt mittlerweile bei 12,5 Prozent. Diesem Druck mussten nicht nur die Gewerkschaftsbürokraten nachgeben, sondern auch die Regierung: Am 25. April gab sie bekannt, dass sie das Kürzungspaket erst einmal auf Eis legen würde.

Trotzdem demonstrierten am nächsten Tag in Saloniki, Patra, Volos und Ionina viele 10.000 ArbeiterInnen, die sich nicht auf solche Versprechungen verlassen wollten. In Athen war vom Straßenpflaster fast nichts zu sehen: 130.000 Menschen – SchülerInnen und RentnerInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslose und StudentInnen – kämpften dort gemeinsam gegen die Zerstörung ihrer Zukunft.

Noch am selben Tag musste der Premierminister Simitis die Pläne für „komplett zurückgezogen“ erklären. Auch wenn die Herrschenden in Griechenland neue Anläufe unternehmen werden, hat dieser vorläufige Erfolg gezeigt, dass Widerstand sich lohnt und der Druck der Basis auf die Führung der Gewerkschaften etwas bewirken kann. Das Selbstbewusstsein ist enorm gestiegen.

Ein eintägiger Generalstreik hätte auch die Rentenreform in Deutschland vom Tisch fegen können. Statt einer Gewerkschaftsbürokratie, die mit Rot-Grün über kleine Schönheitskorrekturen verhandelt und in den Mitgliederzeitschriften Werbung für private Rentenversicherungen macht, brauchen wir demokratische und kämpferische Gewerkschaften.

Conny Dahmen, Aachen

1. Mai

Bei den diesjährigen 1. Mai-Demonstrationen kam es weltweit im Schnitt zur besten Beteiligung seit zehn Jahren.

In Japan äußerten 1,4 Millionen scharfe Kritik am Regierungsprogramm des neuen Ministerpräsidenten Koizumi. In Südkorea demonstrierten Zehntausende.

In Frankreich stand der 1. Mai ganz im Zeichen des Unmut gegen die drohende Entlassungswelle. An der Spitze des Demonstrationszuges in Paris schritten Abgerufen der von Schließungsplänen betroffenen Betriebe des Lebensmittelkonzerns Danone, der Handelskette Marks & Spencer, des Autoherstellers Valeo, der Fluggesellschaft AOM und des Haushaltsgerätheherstellers Moulinex.

Selbst in Zürich gingen in diesem Jahr 10.000 Menschen auf die Straße. Das war die größte 1. Mai-Demo Zürichs in der Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung.

Aktionstag bei Marks & Spencer

Im April gab die Konzernleitung der Handelskette Marks & Spencer bekannt, in Europa 38 Filialen dicht zu machen und 3.400 Beschäftigte auf die Straße zu setzen. Am gleichen Tag schnellte der Aktienkurs von Marks & Spencer an der Börse um 7 Prozent nach oben.

Am 17. Mai kam es zu einem europaweiten Aktionstag gegen diese Kahlschlagpolitik. Allein in London demonstrierten mehrere Tausend Beschäftigte. In Frankreich wurden nicht nur an diesem Aktionstag, sondern bereits in den Wochen vorher eine Reihe von Protestdemo's gegen die Sparpläne durchgeführt.

In Nordirland, wo am 17. Mai in Belfast auch eine Lobby organisiert wurde, stand Marks & Spencer schon öfter in der Kritik, weil die dortigen Filialen gegen jeden Versuch, Belegschaftsvertretungen zu bilden und auf gewerkschaftliche Rechte zu pochen, resolut vorgingen.

Unruhen in Algerien

In diesem Frühjahr wurde Algerien von Massenprotesten der Berber, die zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen und kulturelle Rechte einklagen, erschüttert. Ende Mai gedachten mehrere Hunderttausend in Tizi-Ouzou der ungefähr 100 Opfer, die die blutige Niederschlagung der Proteste seit Januar gefordert hatte.

In den letzten Wochen haben sich allerdings immer mehr arabischer Algerier den Protesten angeschlossen.

„Viel mehr als die Vergangenheit beschäftigt viele die desolater wirtschaftliche und soziale Lage. So wurden auf Plakaten der Demonstrationen auch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot angeprangert. Nach offiziellen Zahlen sind mehr als dreißig Prozent arbeitslos. Wegen der weitverbreiteten Korruption profitieren zudem nur wenige von den stark gestiegenen Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft.“ (FAZ vom 25.5.01)

Gelbe Abzeichen für Hindus

Ende Mai verordnete die afghanische Taliban-Regierung eine Kennzeichnungspflicht für Hindus. Alle Nicht-Moslems haben ab sofort ein gelbes Abzeichen zu tragen. Eine Diskriminierung, die Erinnerungen an die Judenverfolgung im Hitlerfaschismus wach werden lässt.

Vor wenigen Monaten machte die Taliban-Regierung durch die Zerstörung 2000 Jahre alter Buddha-Statuen von sich reden. Vor diesem Hintergrund sei daran erinnert, dass diesem durch und durch reaktionärem Regime durch die politische und militärische Unterstützung der Taliban-Milizen von Seiten des US-Imperialismus in den achtziger Jahren erst der Weg geebnet wurde.

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreit fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelterstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unser Beweist gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der

Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuerergänzung auf der Unternehmensebene auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich SAV-Mitglied bin



Susann Krüger, Rostock

Vor ungefähr einem Jahr war die Mitgliedschaft in einer Partei völlig undenkbar, da für mich als 19jährige Schülerin keine der etablierten Parteien wirklich das Programm bot, das meinen Vorstellungen entsprach. Ich war frustriert, denn gerade als Ju-

gendlicher merkt man die Willkür der Politiker ziemlich deutlich: katastrophale Zustände in der Bildungspolitik, Massenabfertigung an den Schulen, und später kaum Perspektiven für einen Job.

Das wollte ich nicht akzeptieren, wollte etwas ändern, doch alleine ging das natürlich nicht. Am 1. Mai 2000 lernte ich dann die Jugendorganisation Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) in Rostock kennen. Die antikapitalistischen Ideen überzeugten mich und ich war seitdem mit viel Freude und Energie dabei. Doch vor einiger Zeit wurde mir klar, dass JRE keine wirkliche Alternative bieten kann. Aber wenn ich kämpfe, muss ich doch wissen wofür!!! Da reicht ein „anti“ nicht aus. ■

Leserbrief



Erziehungsgeld reicht nicht mal für die Miete

Letztes Jahr im Oktober habe ich erfahren, dass ich im zweiten Monat schwanger bin. Meine gesamte Familie, mein Freund und ich haben uns sehr gefreut.

Mein Freund und ich waren dann ein paar Tage meine Eltern im Saarland besuchen, und als wir nach Köln zurück gekommen sind, habe ich direkt meinen Arbeitgeber über meine Schwangerschaft informiert und auch direkt 2 Jahre Erziehungsurlaub beantragt. Mein Freund und ich hatten lange überlegt, wie lange ich Erziehungsurlaub beantragen soll, aber da mein Freund gerade eine Lehre bekommen hatte, sahen wir keine andere Möglichkeit als 2 Jahre zu beantragen.

Ich hatte mir auch erst gar keine großen Gedanken über den weiteren finanziellen Ablauf gemacht. Ich stand immerhin in einem festen Arbeitsverhältnis und war auch die Jahre davor immer in meinem Job als Hotelfachfrau tätig gewesen. Irgendwann jedoch stellte ich mir die Frage, wer oder woher ich denn Geld während meines Erziehungsurlaubes bekommen würde. Zuerst telefonierte ich ein paar Ämter an, und erfuhr dann: es stehen mir 270 Mark Kindergeld und höchstens 600 Mark Erziehungsgeld zur Verfügung. Gut, damit war meine Hauptfrage jedoch nicht geklärt, denn 870 Mark konnten ja meiner Meinung nach nicht alles sein, davon könnte ich ja noch nicht mal meine Miete bezahlen. Also telefonierte ich weiter um heraus zu bekommen, ob mir denn Arbeitslosengeld oder etwas in der Art zu steht, denn ich werde ja nicht in der Lage sein arbeiten gehen zu können, auch wenn ich es gern wollte. Das mich diese Frage 4 Monate Herumtelefoniererei, 1.000 Tränen und Nerven kosten würde, war mir da noch nicht bewusst. Zuerst rief ich das Arbeitsamt der Stadt Köln an. Jeder der dort mal angerufen hat, weiß,

glaube ich, wie lange es erst mal dauert, bis überhaupt jemand in der Leitung ist. Der Dame habe ich dann mein Problem geschildert und sie hat mich dann auch direkt weiter verbunden. Der Mann, der mir dann weiterhelfen sollte, konnte mir nur sagen, dass ich kein Recht auf Arbeitslosengeld hätte, ich wäre ja nicht arbeitslos, sondern im Erziehungsurlaub, sonst könne er sich da aber auch nicht aus, da müsste ich das Jugendamt anrufen.

Das tat ich auch direkt, die wussten aber auch nicht Bescheid. Um es kurz zu machen: Ich habe, glaube ich, alle Ämter in Köln antelefoniert (Arbeitsamt, Jugendamt, Versorgungsamt, Krankenkasse, Caritas, Verband alleinerziehender Eltern, Kindergeldstelle, Steuerberater meines Arbeitgebers, Sozialamt, usw.), jedoch wissen alle diese Stellen in Köln nicht genau Bescheid oder verweisen mich an ein anderes Amt, die dann aber auch nicht dafür zuständig sind usw. In sieben Wochen werde ich entbinden, ich habe keine Nerven und keine Kraft mehr noch irgendwo anzurufen (wo auch noch???). Fakt ist, ich weiß bis heute nicht, wie ich nach dem Mutterschutz meine Miete, mein Telefon oder sonst irgendwas bezahlen soll. Mein letzter Weg ist deswegen der Weg an die Öffentlichkeit, und ich hoffe auf Hilfe.

Es muss doch in Köln mehr Frauen geben, die Erziehungsurlaub nehmen müssen, nicht verheiratet sind, und wo der Freund nicht in der Lage ist die Frau finanziell zu unterstützen. Ich kann doch kein Einzelfall sein!

Trotz allem haben wir die Hoffnung noch nicht verloren und freuen uns auf die Geburt des Kindes.

Mit freundlichen Grüßen,
Jennifer Pitzer, Köln

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, Ché-Haus, Pontstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Prenzlauer Berg - Nord: Mittwochs, 19 Uhr, im Mädchentreff Lotte, Lotumstr./Ecke Christinenstr. (Eingang Christinenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Süd: Donnerstags, 19 Uhr, Kiez-Club, Winsstr. 42 (S-Bahn Prenzlauer Allee)
OG Treptow-Köpenick: ☎ 030 - 44 08 429
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friesen, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbhv@aol.com

Dresden

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

Greifswald

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

Donnerstags, 19 Uhr, GWA St. Pauli, Hamburger Hochstr. 2/H.-Köllisch-Platz (S-Bahn Reeperbahn)
e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Heinsberg

Infos über Marcus 0172 - 1014123

Köln

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (U-Bhf Ebertplatz)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9 a (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags, 19.30 Uhr, Kita der Volkssolidarität, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)

☎ 0381 - 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, Zentrum für Friedenskultur, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, AWO Ost, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus, Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Trier

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: trier@sav-online.de

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Cottbus, Bad Berleburg, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Karlsruhe, Kiel, Münster, Solingen, über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Mai
Die nächste VORAN erscheint am 30. Juni

VORAN
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

http://www.sav-online.de

1. Mai in Berlin Demoverbot für Linke, Demoerlaubnis für Nazis

Dieses Jahr wollten die Nazis in Berlin wieder den 1. Mai nutzen, um aufzuziehen und ihre Stärke zu demonstrieren. In den letzten Jahren gab es immer Gegendemonstrationen, die aber nur selten von den etablierten Parteien oder von den Gewerkschaften unterstützt, teilweise sogar ignoriert wurden. Mit einem Aufruf, den NPD-Aufmarsch zu stoppen, fand ich unter KollegInnen bei Telekom und DPG (ver.di) schnell Unterstützung. Funktionäre aus Ostdeutschland unterzeichneten sofort und in zwei Betrieben wurden gleich 130 Unterschriften gesammelt. Durch die Unterstützung einiger aktiver DPG (ver.di)-Mitglieder gelang es innerhalb weniger Tage 3.500 Flugblätter und hundert Plakate herzustellen, die innerhalb einer Woche in fünf Standorten der Telekom ausgehängt beziehungsweise verteilt wurden und zur Unterstützung der Mobilisierung des „Bündnis gegen Rechts“ dienten. Die Hauptrednerin des DGB sagte zu, einen Aufruf auf der traditionellen DGB-Kundgebung zu machen.

Nach anfänglichen Verbot wurde – wie so oft – die Demonstration der Faschisten genehmigt, mit der Auflage, dass sie im Randbezirk Hohenschönhausen marschieren. Sie schafften es sogar mehr als 1.000 Nazis zu mobilisieren (auch in vier anderen Städten gingen die Nazis am 1. Mai auf die Straße), die vom Staatsapparat – 9.000 Polizisten waren an diesem Tag in Berlin im Einsatz – geschützt wurden. Um AntifaschistInnen massiv Steine in den Weg zu legen, gab

es ein Demonstrationsverbot für den ganzen Bezirk.

Demgegenüber war die traditionelle 1. Mai-Demo abends in Kreuzberg zum ersten Mal untersagt worden. Selbst das genehmigte Kiezfest am Mariannenplatz wurde am späten Nachmittag von der Polizei gestürmt. Insgesamt wurden an diesem Tag in Berlin 616 Festnahmen durchgeführt.

Auf der traditionellen Demo der ötv/ver.di konnte ich eine kurze Rede vom Lautsprecherwagen der ver.di-Jugend halten, um zu den Protesten gegen den NPD-Aufmarsch aufzurufen. Aber es waren nur vereinzelt Jugendliche unter den DemonstrantInnen. Letztere wollten nicht von ihrem gewohnten Feiertagsspaziergang zum Roten Rathaus abweichen. Dort war es kaum möglich, andere AktivistInnen zu finden, die auch beschlossen hatten, gegen die NPD zu mobilisieren, zum Beispiel einige Mitglieder der IG Metall. Durch die laute Blasmusik konnten die RednerInnen des DGB nur schwer verstanden werden.

An diesem Tag wurde klar, dass die Gewerkschaften ein riesiger schwer beweglicher Apparat sind und Aktionen von unten im Moment nur vereinzelt etwas bewirken. Wenn der DGB von Anfang an richtig gegen die NPD mobilisiert hätte, könnten Demonstrationen nicht so einfach verboten werden und die Faschisten würden sich am 1. Mai nicht mehr auf die Straße trauen. Die Gewerkschaften sind eigentlich die größten antifaschistischen Organisatio-



Am 1. Mai durften die Nazis in 5 Städten aufmarschieren. In allen 5 Städten kam es zu antifaschistischen Gegendemonstrationen. Wenige Wochen vor dem 1. Mai gingen in Cottbus 10.000 gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße. Das war die größte Demo in der Lausitz-Stadt seit 1990

nen. Wenn sie ihre gesamte Kraft nutzen würden, könnten die Nazis endgültig gestoppt werden.

Die SAV Berlin hingegen hat es geschafft, mit ungefähr 30 Leuten an einer Mahnwache gegen die NPD teilzunehmen, trotz des Polizeierrors. Wir haben uns dort sichtbar und geplant bis zum

Schluss engagiert (Kundgebungen, Demoversuche), was einen guten Eindruck auf die anderen TeilnehmerInnen hinterließ.

Alexandra Arnsburg, BeJA-Mitglied der DPG (ver.di) und JAV-Mitglied Telekom Berlin

1. Mai in Rostock: Schröder die rote Karte gezeigt

Auf der zentralen DGB-Kundgebung, die in diesem Jahr in Rostock angesetzt wurde, war Bundeskanzler Gerhard Schröder als Redner eingeladen worden. Im vorausweisendem Gehorsam sagte die Rostocker Gewerkschaftsführung die traditionelle Demonstration ab. Auch die PDS-Spitze lehnte es ab, eine Demo zu organisieren. Der Kreisvorsitzende meinte, es lohne sich nicht, für 20 Leute eine Demo zu machen. Somit luden wir von SAV aus zu einem Aufrufertreffen für eine Demo ein, zu dem leider nur drei andere Gruppen und Organi-

sationen erschienen. Trotzdem entschieden wir uns, eine Demonstration anzumelden. Es gelang uns auch noch, einen ötv-Betriebsrat und die Volkssolidarität als Aufrufer zu gewinnen.

Um die Aktion in ganz Rostock bekannt zu machen, klebten SAV und Jugend gegen Rassismus in Europa 880 Plakate und verteilten 5.000 Flugblätter vor mehr als 10 Schulen, an der Uni, vor dem Arbeitsamt und an zentralen Plätzen in der Stadt. Die Medien ignorierten uns komplett, obwohl sich in der Lokalpresse bezüglich des

„Rückziehers“ von PDS- und Gewerkschaftsführung eine Debatte entzündete.

Zur Demo kamen trotz alledem 300 TeilnehmerInnen. Unsere Partei spielte eine maßgebliche Rolle bei der organisatorischen und politischen Leitung der Demo. Mit vielen roten Handschildern unter dem Motto „Zeigt Schröder die rote Karte“ wurde (auch für verschiedene Fernsehsender, die Bilder von der Demo sendeten) deutlich, in welchem Zeichen der Protest stand.

Rostock war im übrigen nicht der einzige

Fleck in Mecklenburg-Vorpommern, an dem Schröder nichts zu lachen hatte. Auch in Schwerin auf der Job-Parade der Gewerkschaftsjugend bekam Schröder sein Fett ab. Mehr als 50.000 Auszubildende piffen und machten gründlich Krach, als Schröder zu ihnen sprechen wollte. Eine Minute lang war vom Kanzler kein Wort zu verstehen. Eine Minute – dann kapitulierte Schröder, wünschte allen noch einen schönen Tag und zog ab.

Christine Lehnert

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Israel

Maavak Socialisti stieß auf sehr gute Resonanz bei einer 1.200 TeilnehmerInnen zählenden 1. Mai-Demo in Israel. 200 Zeitungen konnten verkauft werden, 15 bekundeten ihr Interesse an einer Mitarbeit bei Maavak Socialisti. Bei der Abschlussveranstaltung konnte ein Genosse reden.

Während der Demonstration wurde von einer großen Zahl der Anwesenden die Internationale angestimmt.

GUS

In den GUS-Staaten verkaufte die CWI-Sektion am 1. Mai 350 Zeitungen und 20 Broschüren. In Kasachstan konnte das CWI-Mitglied Ionur Kummanov an diesem Tag bei der offiziellen KP-Veranstaltung reden.

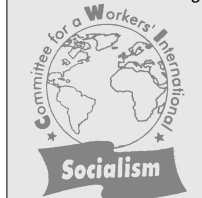
In der russischen Stadt Wornesch bringt die dortige Ortsgruppe inzwischen regelmäßig ein Magazin gegen Frauenunterdrückung heraus. Ein örtlicher Radiosender hat kürzlich zugesagt, wöchentlich eine Sendung im Namen des Magazins ausstrahlen: „Nein bedeutet Nein!“

England

Am Londoner Carnival Against Capitalism beteiligten sich am 1. Mai mehr als 5.000 Menschen. Die Polizei ging in diesem Jahr mit aller Brutalität gegen die 1. Mai-AktivistInnen vor. Hunderte wurden mehr als sechs Stunden eingekesselt, 92 Leute wurden verhaftet und rund 50 verletzt. Im Vorfeld hatte die Polizei bereits damit gedroht, Gummigeschosse einzusetzen. Außerdem wurde bei der Polizei eine Urlaubssperre verfügt, so dass zusätzlich 6.000 Kräfte im Einsatz waren. Auch Bürgermeister Ken Livingstone hatte vor der Teilnahme an der Demo gewarnt und ein „kompromissloses Vorgehen“ angekündigt.

In den Stunden des „Kessels“ war die Socialist Party federführend bei den Protesten. SP-Mitglieder sorgten für Medienöffentlichkeit, Spontankundgebungen und Verhandlungen mit der Polizei. Kontaktiert wurden der Ex-Parlamentsabgeordnete und Stadtrat Dave Nellist (SP), der Parlamentarier Tony Benn und ein Anwalt. Gegen Ende bedankten sich Dutzende bei SP-GenossInnen für ihre Courage. Am nächsten Tag kamen 30 neue Leute zur Veranstaltung von Young Socialist Action.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax : 0044 20 8988 8793
e-Mail:
CWI@worldsoc.co.uk
Web:
www.worldsocialist-cwi.org



Spenden-Ticker

Den Vogel abgeschossen beim diesjährigen 1. Mai hat eindeutig die Rostocker SAV: Obwohl sie selber die Demonstration organisieren mussten, haben sie „nebenbei“ 1.088 Mark für den Spendenfonds eingenommen und 157 VORAN verkauft.

Bei der Teilnahme an einem SchülerInnenstreik gegen eine Schulschließung, bei dem mit Kerstin Schumacher, auch ein SAV-Mitglied redete, machten die Rostocker Ortsgruppen am 21.5. ebenfalls 100 Mark für den Spendenfonds.

Gut angelaufen ist der Verkauf des gerade erschienenen Frauenprogramms der SAV. Eine Genossin konnte beim Ostermarsch in Stuttgart alleine 10 Stück verkaufen. Darunter an einen Post-Betriebsrat aus Schwäbisch-Gmünd, der direkt 20

Exemplare für seine Kolleginnen bestellte. Er meinte, er bestelle aus Vorsicht nur 20. Da war er wohl übervorsichtig: Wenig später hat er weitere 15 Exemplare bestellt!

Allgemein sehr gute Resonanz haben wir auf die Kampagne zur Mobilisierung nach Göteborg und Genua bekommen: Bei der Podiumsdiskussion zwischen SAV, Widerstand international!, PDS und ATTAC in Berlin, an der 35 Leute teilnahmen, wurden mehr als 70 Mark für den Spendenfonds eingenommen. Bei einem Infostand in Berlin-Prenzlauer Berg waren es 35 VORAN und 65 Mark Spenden. Beim ersten Infostand in Hamburg konnten auf Anhieb 34 VORAN verkauft werden. In den meismehrsten Orten war die VORAN schon zur Monatsmitte ausverkauft. Also: Auflage erhöhen und im Juni noch mal ausverkaufen!

Spendenappell

Ziel: 17.300 Mark

Bisher eingezahlt: 2.510 Mark

Stand: 26. Mai 2001

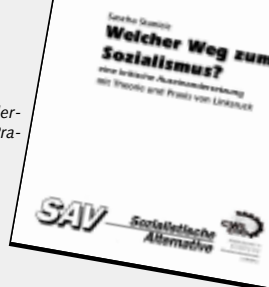
Jetzt schnell Spendenversprechen einlösen!

Jetzt bestellen



Castros Kuba
eine marxistische Kritik
116 Seiten
Preis: 15,-
ISBN: 3-00-007685-9

Welcher Weg zum Sozialismus?
eine kritische Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis von Linksruck
52 Seiten
Preis: 6,50 DM



Globaler Widerstand gegen globale Ausbeutung

Seit den Protesten gegen die Welt- handelsorganisation (WTO) 1999 in Seattle ist der antikapitalistische Pro- test vor allem mit einem Kampf ge- gen die kapitalistischen Institutionen WTO, Internationaler Währungs- fonds (IWF) und Weltbank verbun- den. Wo auch immer die Vertreter von IWF, WTO und Weltbank zu- sammentreffen – Gegendemon- strantInnen sind da, um gegen die „Instrumente“ der Weltwirtschaft zu kämpfen. Dabei kann es in diesem Kampf nicht darum gehen, diese In- stitutionen zu reformieren. WTO, IWF und Weltbank spielen die Rolle, die sie als kapitalistische Institutionen für die Herrschenden spielen sollen. Solange sie existieren, wer- den sie die Profitinteressen der Kon- zerne vertreten. Deshalb können sie nicht reformiert, sondern müssen abgeschafft werden!

Vor diesem Hintergrund ändert nur eine komplette und bedingungslose Schul- denstreichung etwas an der Situation der erpressten Länder!

IWF, WTO und Weltbank reformieren?

Das kapitalistische System beruht auf Ausbeutung der arbeitenden Bevölke- rung. Wenn die herrschende Klasse aus Unternehmen und ihren Politikern ka- pitalistische Institutionen wie IWF und Weltbank schaffen, werden diese ganz im Sinne des Systems zur Profitmaxi- mierung der Konzerne eingesetzt. Somit sind IWF, Weltbank und WTO keine reformierbaren Fehler des Systems, son- dern Ausdruck unvereinbarer Interes- sengegensätze zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern im Kapitalismus.



DemO GEGEN G7/G8-GIPFEL!
Auf nach Genua

G7/G8, IWF, Weltbank und WTO: Institutionen des welt- weit herrschenden Kapitals – Siehe Seite 6 und 7

IWF, WTO und Weltbank dienen den Interessen der Konzerne und sind In- strumente, um die Profite der Großkon- zerne zu maximieren. Mit ihren Kredi- ten für unterentwickelte Länder ver- knüpfen sie Forderungen, die die Bedin- gungen für die Konzerne verbessern und für die Bevölkerung verschlechtern. Dies schadet auch den ArbeiterInnen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Län- dern: Billiglöhne in Afrika, Asien oder Lateinamerika werden von den Unter- nehmern in den führenden Industriesta- ten als Druckmittel für Lohndumping benutzt.

Struktur Anpassung und Schuldenfalle

Kredite werden von IWF und Welt- bank nur vergeben und später ausgewei- tet, wenn bestimmte Forderungen ak- zeptiert werden, die in den „Struktur- anpassungsprogrammen“ (SAPs) festge- schrieben werden. Sie lauten: Privatisierungen, Deregulierung der Wirtschaft, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und Angriffe auf die Löhne und Renten der ArbeiterInnen. Die Folgen sind wachsende Armut in den abhängigen Ländern und steigende Profite der multinationalen Konzerne. Die jüngsten IWF-Kredite für die Türkei waren zum Beispiel an die Bedingung geknüpft, die Türkische Telekom zur Privatisierung freizugeben. Die Schulden der unterentwickelten Länder steigen dabei immer weiter und belaufen sich inzwischen auf 2,5 Billio- nen Dollar. Das ist weit mehr, als sie je zurückzahlen können und mehr, als sie überhaupt an Krediten erhalten haben!

Deshalb kämpfen wir dafür, WTO, IWF und Weltbank abzuschaffen und die kapitalistische Grundlage dieser In- stitutionen zu beseitigen!

Auf nach Genua!

In Genua findet am 21. Juli das Gipfel- treffen der G7-Staaten und Russland statt. Dann werden die mächtigsten In- dustrienationen vor dem Hintergrund der beginnenden Weltwirtschaftskrise über eine effektivere Erpressung und Ausbeutung der unterentwickelten Län- der beraten. Wir werden uns an den Pro- testen gegen den Gipfel in Genua betei- ligen und unterstützen die bundesweite Jugendkampagne „Widerstand interna- tional – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne“, die zu den Protesten mobilisiert. ■



Weltklimakonferenz in Bonn
Protestiert gegen die Klimakiller!
15. - 27. Juli Bonn

Verheerende Stürme, wachsende Wüsten, steigender Meeresspiegel: Die Welt hat Angst vor der Klimakatastrophe. Doch der Präsident der größten Wirtschaftsmacht, Georg Bush, kündigt das Klimaschutzabkommen von Kyoto, erklärt, Energie sparen widerspräche dem „American way of life“ und verkündet den Bau von neuen Kraftwerken. Die rücksichtslose Politik von Bush ist diktiert von den rücksichtslos nach Profit strebenden Energiekonzernen. Aber auch in Deutschland ist das nicht prinzipiell anders. Mit aller Macht wehren sich deutsche Energiekonzerne gegen ein Gesetz, das sie zur klimaschonenden Erzeugung von Strom mittels Kraft-Wärme-Kopplung verpflichten sollte. Auch in Deutschland wird Energie verschwendet, werden neue Autobahnen gebaut und Bahnlinien stillgelegt. Wenn wir den Konzernen und den ihnen ergebenden Regierungen den Schutz des Weltklimas überlassen, dann sind wir verlassen. Deshalb: Kommt zu den Protesten anlässlich des Weltklimagipfels vom 16. bis 27. Juli in Bonn. Es sind täglich Gegenaktionen und eine Demonstration am 21. Juli geplant. Weitere Infos: Tel. 030/24723802 oder 0221/8306381

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

... weitere Informationen über die SAV

... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon _____

Adresse _____

Ich möchte die VORAN abonnieren:

zehn Ausgaben zu 25 DM

ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen

zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon _____

Adresse _____

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de